

Deutsche Metallarbeiter-Zeitung

Erscheint wöchentlich Samstags.
Abonnementspreis pro Quartal 80 Pf.
Reichspost-Zeitungsliste Nr. 1187.

und
Glück=Auf.

Berechnet werden
Inserate die dreigespaltene Zeitspalte oder
deren Raum mit 80 Pf.

Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und Publikationsorgan der Allg. Kranken- und Sterbefasse der Metallarbeiter.

Verantwortlich für die Redaktion: Rob. Scherm, Nürnberg, Sultpoldstraße 9. — Redaktion und Expedition: Nürnberg, Sultpoldstraße 9.

Inhalt: Die Bölle auf Metalle und Metallwaaren. I. — Die Arbeiterinnen in der Metall- und Maschinenindustrie. — Krupp. — Die Einführung von Krankenunterstützung im Deutschen Metallarbeiter-Verband. — Mittheilungen aus der Metallindustrie. — Aus den Allg.-Bezirken. II. Bezirk. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Gerichtszeitung. — Allgem. Kranken- und Sterbefasse der Metallarbeiter: Bekanntmachung des Vorstandes.

Zur Beachtung.

Zugug ist fernzuhalten:

- von Stigelschleifern nach Wald, Rheinland (Wilmacher Weyer) Str.;
 - von Drehern nach Berlin, nach Offenbach a. Main (Alt.-Gef. f. Schriftgießerei und Maschinenbau) Str.;
 - von Feilenhauern nach Arbon (Schweiz, Fuchs) und nach der Schweiz überhaupt; nach Breslau (Wiltens);
 - von Feingoldschlägern nach Dresden, Leipzig, Nürnberg und Schwabach (besonders von den Werkstätten M. Hüttner, Jünger);
 - von Formern und Eisgießerei-Arbeitern nach Blankenburg, Kriebitz und Jorke am Harz (Harzer Werke); nach Erfurt (Schwabe & Co.); nach Güttrow (Str.); nach Hirschberg (Theuser) Str.; nach München (Heilbronner) R.; nach Solingen (Vogel) R.; nach Trier (Winkel und Breuß); nach Trossa in Anhalt (Braun) U.;
 - von Gold- und Silberarbeitern nach Kopenhagen (G. Ventich); nach Rathenow (Krimm, Nitsche & Günther, Wiesinger) Str.;
 - von Klempnern nach Gurg (D.); nach Hamburg, nach Ohligge (Rante & Co.) U.;
 - von Kupferschmiedern nach Ohligge (Rante & Co.) U.;
 - von Metallarbeitern aller Branchen nach Berlin;
 - von Metalldrückern nach Chemnitz (Somnienstein);
 - von Metallschlägern nach Lechhausen;
 - von Nadelarbeitern nach Chemnitz (Stricknadel-Fabr. Max Müller) R. und W.;
 - von Optischen Industrie-Arbeitern nach Rathenow (Nitsche & Günther);
 - von Schlossern nach München (Heilbronner) R.; nach Offenbach a. M. (Alt.-Gef. für Schriftgießerei und Maschinenbau) Str.
- (Die mit St. bezeichneten Orte sind Streitgebiete, welche überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streit in Aussicht; U.: Lohnbewegung; A.: Aussperrung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; W.: Mißstände; R.: Lohn- oder Urtford-Reduktion; S.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Die Bölle auf Metalle und Metallwaaren.

I.

Die „allgemeinen Gesichtspunkte“. Persönliches.

Am Donnerstag, den 27. November, wurde im Reichstag durch einen Antrag, der die Unterschriften der Führer der Freikonserverativen, des Zentrums, der Nationalliberalen und eines Theiles der Konserverativen trug, der Versuch gemacht, die zweite Beratung des Zolltarifs zu eskamotieren. Die Regierung soll auf Grund der definitiven Beschlüsse der Zolltarifkommission in Vertragsverhandlungen mit dem Auslande eintreten. Dadurch wird es notwendig, die Beschlüsse dieser Kommission, soweit sie die deutschen Metallarbeiter interessieren, einer erneuten gründlichen Prüfung zu unterziehen. Das ist nur möglich, wenn wir die Materie im Ganzen und zugleich die verschiedenen Stadien der Verhandlungen schildern.

Der Ehrgeiz des Grafen Posadowsky, der die allerneueste Handelspolitik des deutschen Reiches inauguriert hat, ging dahin, einen lückenlosen Zolltarif zu schaffen. Nun mag man vielleicht zugeben, daß das bisherige Tariffschema, das ein ehrwürdiges Alter besitzt, den durch die Entwicklung der modernen Industrie geschaffenen Mannigfaltigkeiten der Erzeugnisse des Gewerbefleißes nicht mehr gerecht wird; insofern könnte man also der Aufstellung eines neuen Schemas zustimmen, zumal das alte notwendigerweise zu manchen Differenzen bei der Rollabfertigung von Waaren Anlaß bot und der

Chikane überkollender Zollbehörden gar zu weiten Spielraum ließ. Aber das „Monumentalwerk“ des Grafen Posadowsky hat bei dieser Neuaufstellung nicht Halt gemacht, sondern dabei mit einem alten und bewährten Grundsatz der deutschen Zollpolitik in aller Stille aufgeräumt: bisher galt in Deutschland die Regel, daß solche einzuführende Waaren, die nicht zwanglos unter eine bestimmte Tarifposition gerechnet werden konnten, zollfrei waren; jetzt aber soll diese sehr wichtige und für die internationale Entwicklung der Industrie unter Umständen bedeutungsvolle Bestimmung aufgehoben werden: hinfort soll keine ausländische Waare zollfrei in das deutsche Zollgebiet Einlaß finden, es sei denn, daß ihre Zollfreiheit ausdrücklich in dem Tarife vorgesehen worden ist. Die früheren Tarife und auch die auf ihnen aufgebauten Handelsverträge gingen also von dem Grundsatz prinzipieller Handelsfreiheit aus, während der jetzt ausgearbeitete vom Grundsatz prinzipieller Schutzzöllerei beherrscht wird. An der fundamentalen Wichtigkeit dieses Unterschiedes wird dadurch nichts geändert, daß man nachweisen will, die Zollfreiheit ausländischer Waaren auf Grund jener allgemeinen Bestimmung sei sachlich bedeutungslos gewesen, da sie nie einen großen Umfang erreicht habe. Es kommt hier aber lediglich auf das Prinzip an.

Der Graf von Posadowsky erfreut sich im Parlamente einer gewissen — man möchte sagen: objektiven Sympathie. Als er in sein wichtiges Amt als Staatssekretär des Reichsamts des Innern berufen wurde, war er ein politisch ganz unbekannter Mann. Er hatte einige Jahre im Reichstage gesessen, ohne dort irgendwie hervorzutreten (was im Allgemeinen bei dem intellektuellen Tiefstand der konservativen Partei auch einem nur durchschnittlich begabten Manne leicht möglich ist), hatte im Uebrigen einige Provinzialämter recht und schlecht nach der Art der altpreussischen Bureaukratie verwaltet. Man erwartete daher nicht viel von ihm, und seine Anfänge versprachen auch gewiß nicht mehr, als man erwartet hatte. Aber allmählich hat er sich mit einem bei Ministern nicht häufigen zähen Fleiß in die weit-schichtigen Materien seines Amtes hineingearbeitet und sich eine anerkennenswerthe Sachkenntnis auch in sozialpolitischen Dingen erworben. Nur Eins geht ihm ab, was freilich die Hauptsache ist: staatsmännische Begabung und ein weiter Blick für die Bedürfnisse eines so großen Gemeinwesens, wie das deutsche Reich. Die berühmte 12,000 Mk.-Affäre zeigte, wie dünn der sozialpolitische Firnis ist, mit dem er seine junkerlich-feudale Gesinnung über-tüncht hat, zeigte auch, wie wenig „politisch“ der ganze Mann angelegt ist. Ihm die Neuregelung der Handelsverhältnisse des Reiches zu übertragen, war daher die reine Ironie. Fragt man sich, wie es überhaupt möglich war, so gibt es darauf nur die eine Antwort: infolge der Planlosigkeit unserer Gesamtregierung und der Indolenz der Vertreter des Auswärtigen Amtes und des Reichsschatz-amtes. Diese beiden Reichsämter hätten nämlich die Hauptarbeit leisten müssen, wie denn auch unsere bisherige Handelsvertragspolitik seinerzeit neben Caprivi durch den Staatssekretär des Auswärtigen, den Frhr. von Marjall, vertreten worden ist. Aber heute haben wir keinen Caprivi und keinen Marjall mehr: an der Spitze der Regierung steht der geschmiegelte Diplomat Bülow, der nach dem offen ausgesprochenen Urtheil auch der Männer, die jetzt mit ihm den „Ruhhandel“ in endlosen Sitzungen und bei zahlreichen Zweckessen abgeschlossen haben, von der ganzen Geschichte eigentlich gar nichts

versteht; und in den beiden Reichsämtern des Auswärtigen und des Schatzes sitzen durchaus passive Naturen. Der Schatzsekretär Freiherr von Thielmann ist ein sehr vielseitig gebildeter Mann (man erzählt von ihm, daß er am Abend der Schlacht von Mars la Tour einen Bericht über die Vorgänge in der Sanskritsprache verfaßt habe) und zugleich ein überzeugter Freihändler; läßt er sich auch die übertriebenen Zollerhöhungen des Posadowskyschen Tarifs gefallen, weil er das Defizit des Marine-furses nicht anders als durch erhöhte Zolleinnahmen decken kann, so ist er doch für eine Vertretung der Gesamtrichtung dieses Zolltarifes aus dem angegebenen Grunde ganz ungeeignet. Der Staatssekretär des Auswärtigen, Freiherr von Richthofen, ist eine schwerfällige und wenig thatkräftige Natur, der gewiß nicht ungerne gesehen hat, daß das „Arbeitspferd“ Posadowsky ihm die heikle Aufgabe abgenommen hat. Es hätte auch ein Anderer sein können, das wäre ihm gewiß eben so recht gewesen. Zu diesen Umständen kommt nun noch hinzu, daß seit Miquels Vizefanzlerchaft die Staatssekretäre — mit Ausnahme natürlich des Marine- und des preussischen Kriegsministers — keinen direkten Verkehr mehr mit dem Monarchen gehabt haben: so durfte Posadowsky im Dunkel seines Amtes zusammenbrauen, was er dann dem deutschen Volke servirt hat. Aber er arbeitete nicht allein, sondern verfiel, zur Rückendeckung, auf das Aller-weltsauskunftsmittel, eine Kommission zu bestellen, die ihn und das ganze Werk dann, wie noch nachzuweisen sein wird, vollends auf eine falsche Bahn ge-drängt hat.

Die Arbeiterinnen in der Metall- und Maschinenindustrie.

Wir haben kürzlich an dieser Stelle die Frage der gesetzlichen Verkürzung der Arbeitszeit der Industriearbeiterinnen im Lichte der Fabrikinspek-torenberichte dargestellt und die bedenkliche Haltung der Regierung zu diesen Bestrebungen gekennzeichnet. Es soll nun gezeigt werden, in welcher hohem Maße an dieser Frage auch die Arbeiterchaft der Metall- und Maschinenindustrie interessiert ist.

Zunächst sei konstatiert, daß die Zahl der Betriebe, in denen erwachsene Arbeiterinnen thätig sind, in fortwährendem Steigen begriffen ist. 1898 betrug diese Zahl 36,484, 1899 40,249 und 1900 45,970. Der Antheil der Metall- und Maschinen-industrie daran betrug für erstere in den drei genannten Jahren 2486, 2592 und 2706, für die andere 883, 958 und 1086. Die Gesamtzahl der Fabrikarbeiterinnen in den angeführten Betrieben betrug 1898 859,203, 1899 899,982 und 1900 940,046; in diesen Zahlen sind aber auch die Kinder und Jugendlichen weiblichen Geschlechts inbegriffen. In der Metall- und Maschinenindustrie waren Arbeiterinnen beschäftigt:

Metall-Industrie:

Jahr	Kinder unter 14 Jahren	Jugendliche von 14—18 Jahren	Erwachsene von 16—21 über 21 Jahren		Gesamt
1898	168	6467	16150	22888	45663
1899	181	7078	17011	23768	48038
1900	196	7218	17288	25888	50086

Maschinen-Industrie:

Jahr	Kinder unter 14 Jahren	Jugendliche von 14—18 Jahren	Erwachsene von 16—21 über 21 Jahren		Gesamt
1898	82	1442	6924	10075	18478
1899	87	1705	7925	11801	20598
1900	50	1782	8266	12555	22253

Von Jahr zu Jahr ist demnach im Allgemeinen wie in der Metall- und Maschinenindustrie im Besonderen die Zahl der Arbeiterinnen aller Altersklassen gestiegen und sie hat namentlich im Jahre 1901, worüber aber die genaue und vollständige Statistik noch nicht vorliegt, eine starke Zunahme erfahren. Insgesamt gab es 1900 fast 1 Million Fabrikarbeiterinnen in Deutschland, und davon rund 73,000 in der Metall- und Maschinenindustrie.

Zu den Arbeiten, welche die Arbeiterinnen in diesen beiden Industrien zu verrichten haben, liefern die Fabrikinspektorenberichte die nötigen Illustrationen. So berichtet für 1901 der Düsseldorfer Gewerbeberath, daß die Zahl der Betriebe der Metall- und Maschinenindustrie, welche Arbeiterinnen beschäftigen, in diesem Bezirke allein um 88 und die Zahl der in denselben thätigen Arbeiterinnen um 748 gestiegen ist und es wird erklärend dazu bemerkt: „Diese Erscheinung findet zum Theil wenigstens darin ihre Erklärung, daß namentlich in einzelnen Theilen des Bergischen Landes das Bestreben immer mehr hervortritt, Arbeiterinnen zu Beschäftigungen heranzuziehen, welche früher ausschließlich von männlichen Personen ausgeführt wurden. Nicht selten sind hierdurch recht unerwünschte Zustände geschaffen, insbesondere da, wo die weiblichen mit den männlichen Arbeitern zusammen in oft engen und mangelhaft eingerichteten Arbeitsräumen thätig sein müssen. Auch die Beschäftigungsart dieser Arbeiterinnen ist nicht immer einwandfrei. So wurde eine Anzahl Mädchen in einer Eisengießerei und Metallwaarenfabrik in der Kernmacherei (1) zu Arbeiten herangezogen, die wegen der mit ihnen verbundenen Beschmutzung für weibliche Personen wohl kaum als geeignet angesehen werden können.“ Da handelt es sich in der That um bedenkliche Frauenarbeit.

Daran reiht sich ein gleichwertiger Fall aus dem Regierungsbezirke Lrier. Da wurden in einer Blechverzinnerei die Bleche von den Putzfrauen paketweise nach den Sortirräumen getragen, wobei die Lasten jedesmal so schwer als irgend möglich genommen wurden. Die rechteckigen Pakete wurden an den kurzen Seiten mit beiden Händen gefaßt und eine Längsseite an den Unterleib gestützt. Nachdem ein Versuch mit leichten, zweirädrigen Karren sich bewährt hatte, wurden weitere Wagen bestellt, so daß die bisherige gesundheitschädliche Betriebsweise demnächst ganz in Fortfall kommt.

In einer Kleineisenzeugfabrik im Bezirk Oppeln sind vielfach an den Fräsmaschinen und beim Sortiren jugendliche Arbeiter durch Arbeiterinnen ersetzt worden. „Es wurde dabei Rücksicht darauf genommen, daß die Arbeiterinnen möglichst getrennt von den Männern blieben. Gegenwärtig will die Fabrik den Ertrag der jugendlichen Arbeiter durch die Arbeiterinnen noch weiterführen. Da sie infolge eines umfangreichen Auftrages mit kurzer Lieferfrist gezwungen ist, Ueberstunden einzuführen, an denen die jugendlichen Arbeiter nicht theilnehmen können.“ Und darum wirft man diese auf die Straße.

Im Bezirk Arnberg wurden in zwei Fällen Arbeiterinnen bei Bedienung von Dampfkeffeln betroffen. Der Gewerbeinspektor veranlaßte, daß ihre Stellen durch sachkundige Kesselwärter ersetzt wurden. In demselben Berichte ist folgendes zu lesen: „Es verdient erwähnt zu werden, daß ein Fabrikbesitzer im Unnaer Bezirk das fittliche Empfinden seiner Arbeiterinnen, von denen übrigens keine unter 21 Jahren war, durch den Wortlaut des § 137 Absatz 5 der Gewerbeordnung, der auf der in der Fabrik anzuhängenden Tafel abgedruckt ist, gefährdet glaubte (der Absatz lautet: „Wöchnerinnen dürfen während vier Wochen nach ihrer Niederkunft überhaupt nicht und während der folgenden zwei Wochen nur beschäftigt werden, wenn das Zeugniß eines approbirten Arztes dies für zulässig erklärt“). Er hatte aus diesem Grunde die betreffenden Worte auf der anhängenden Tafel überklebt.“ Treffend bemerkt dazu weiter der Bericht, daß trotz der empfindlichen Kritik, die dieser Arbeitgeber an dem Inhalt der anhängenden Bestimmungen geübt hatte, ihm angeblich entgangen war, daß Letztere das Verbot enthielten, Arbeiterinnen an den Vorabend von Sonn- und Festtagen länger als bis 5½ Uhr Nachmittags zu beschäftigen.

Bei ungeeigneter Frauenarbeit, die vorher von Männern verrichtet worden war, wird auch aus dem Berliner Aufsichtsbezirke berichtet. Es handelt sich dabei um Arbeit in den Schraubenfabriken, wobei um die Bedienung der Schraubenschneid-

maschinen, welche eine für den weiblichen Körper zu große Anstrengung erfordert. In einer Spezialfabrik wurde gefunden, daß 4 bis 6 Fräs- und Schraubenschneidmaschinen von einer Arbeiterin bedient wurden. „Leider gehen unter dem gegenwärtigen Preisdruck in der Schraubenfabrikation immer mehr große Fabriken dazu über, Arbeiterinnen anstatt der Männer zu verwenden. Es ist dies um so mehr zu bedauern, als unter den Schraubenarbeitern ohnehin Arbeitslosigkeit herrscht. Die den Arbeiterinnen gezahlten Löhne sind zur Zeit höher, als in der Papierverarbeitung und anderen Gewerbebezügen, die Frauen treten deshalb gern über. Eine Zunahme der Unfälle ist dadurch in der Schraubenfabrikation noch nicht beobachtet worden; es mag dies dadurch zu erklären sein, daß die Maschinen von dem Vorarbeiter, dem sogenannten Einrichter, soweit vorbereitet werden, daß dann nur die regelmäßigen mechanischen Handgriffe auszuführen sind. Dagegen wird über das fittliche Verhalten dieser Arbeiterinnen geklagt. Das schmutzige Handwerk nimmt vielleicht nicht die besten Elemente auf (das ist denn doch eine arge Verdächtigung von Arbeiterinnen durch einen Aufsichtsbeamten. D. Red.), oder es beeinflußt sie ungünstig, ebenso wie der Umgang mit den in dieser Fabrikation arbeitenden Männern (auch darin liegt eine schlimme Verdächtigung dieser Arbeiter. D. Red.). Von anderen Arbeiten, bei welchen die Frauen jetzt gefunden werden, sind zu nennen die an Metall- und Papier-Pressen und -Stangen, an den Schmelzkeffeln für Bleifabrikation, wo Bilderrahmen und dergleichen gegossen werden usw.“ Man sollte meinen, daß ein Gewerbeinspektor dazu kommen müßte, das Verbot der Zulassung von Arbeiterinnen zu solchen absolut ungeeigneten, körperlich überanstrengenden und gesundheitschädlichen Arbeiten zu befestigen; statt dessen werden die Arbeiterinnen und die Arbeiter in ungünstiger, offenbar ungerechtfertigter Weise beurtheilt.

Im Kasselwerk der Firma Siemens u. Halske in Spandau ist die Zahl der Arbeiterinnen von 25 auf 290 allein im Jahre 1901 gestiegen.

Im westpreussischen Berichte wird mitgetheilt, daß in einer Meierei, die sich mit der Ausbildung (Ausbeutung?) von Lehrlingmädchen beschäftigt, der Gewerbeinspektor Anlaß fand, dieselbe mehrfach zu revidiren. „Er fand, daß nach wie vor kein Geizler beschäftigt wurde, daß aber die Geizlerin genügend unterrichtet war (1), so daß gegen die Sicherheit des Betriebes keine Bedenken geltend gemacht werden konnten.“ Diese Praxis scheint uns durchaus verfehlt zu sein und ihr steht auch das Vorgehen des Arnberger Aufsichtsbeamten entgegen, der die Erziehung der weibliche Kesselwärter durch sachkundige männliche veranlaßte. Es wäre gut, wenn die Aufsichtsbeamten in solchen eminent wichtigen Fragen, bei denen die Sicherheit des Betriebes wie der Personen stark gefährdet erscheint, einheitlich vorgehen würden und zwar im Sinne der strengeren Auffassung.

Als gesundheitschädlich wird im Berliner Bericht die Arbeit in den Gasglühlichtfabriken bezeichnet, die 11stündige Arbeitszeit als das äußerste Maß erklärt und darum die verlangte Ueberzeitbewilligung von der Behörde abgelehnt. Diese Ablehnung erfolgte auch gegenüber einer Gussstahlfabrik, weil die von den Arbeiterinnen besorgte Bedienung der Fräs- und Schraubenschneidmaschinen anstrengend ist, daher eine mehr als 11stündige Arbeitszeit auch hier nicht zugelassen werden konnte.“

Im Kölner Bezirke wurden in einer Sprengkapsel-fabrik bei der Explosion von Sprengkapseln 3 Arbeiterinnen getödtet. Der schwere Unfall wurde durch eine Arbeitsweise herbeigeführt, die bei einiger kritischer Ueberlegung als unzulässig hätte erklärt werden müssen. Die Arbeiterinnen mußten nämlich jeweilen 1500 Stück dieser Sprengkapseln in einem flachen runden Gefäß heftig schütteln, um alle in die zum Einfüllen geeignete Lage, mit der Öffnung nach oben, zu bringen. Nachdem das große Unglück geschehen, wird nunmehr das Schütteln der Gefäße durch Maschinen hinter einem Walle ausgeführt.

Die wenig Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse von Arbeiterinnen seitens der Fabrikleitungen genommen wird, zeigt an einem Falle die württembergische Fabrikinspektions-Assistentin, Frau Gröner, indem sie folgendes berichtet: „Unzutüg-

liche Beschäftigung von schwangeren Arbeiterinnen wurde von der Assistentin nicht wahrgenommen, in einer Uhrenfabrik dagegen wurde der dem Betrieb vorstehende Direktor darauf aufmerksam gemacht, an den Polirmaschinen, welche in einem sehr leicht erstellten Gebäude — einer früheren Scheune — aufgestellt waren, keine schwangeren Arbeiterinnen zu beschäftigen, da die Erschütterung des Bodens, welche durch die leichte Bauart bedingt ist, unbedingt nachtheilig auf solche Arbeiterinnen wirken mußte, nachdem sie schon bei anderen Arbeiterinnen Anfangs starkes Kopfweh hervorrief.“

Sehr interessant und die Moral mancher Fabrikmeister beleuchtend ist die Mittheilung im Breslauer Berichte, daß in einer Zigarrenfabrik die Zahl der unehelichen Geburten seit der Einführung der weiblichen Aufsicht abgenommen hat.

Der holländische Bericht erbringt den überzeugenden Beweis dafür, wie nothwendig die soziale Aufklärung und die Heranziehung der Arbeiterinnen in die gewerkschaftliche Organisation ist durch die Mittheilung, daß in zwei Uhrenfabriken die tägliche Arbeitszeit auf über 11 Stunden dadurch verlängert wurde, daß die Arbeiterinnen, um mehr zu verdienen, die halbstündigen Zwischenpausen am Vor- und Nachmittag, also zusammen 1 Stunde, auch zum Arbeiten benutzten. Dadurch wird natürlich die von der Organisation erkämpfte Verkürzung der Arbeitszeit illusorisch gemacht. Uebrigens macht es auch das unaufhaltsame Eindringen der Frauenarbeit in alle möglichen Betriebe und der den Arbeiterinnen gezahlte geringere Arbeitslohn, wodurch die ganzen Lohnverhältnisse, auch für die männlichen Arbeiter, herabgedrückt werden, zur dringenden Nothwendigkeit, immer zahlreichere Arbeiterinnen für die Gewerkschaft zu gewinnen.

Auf der anderen Seite erfordert das Eindringen der Frauenarbeit in alle, auch die anstrengendsten und gesundheitschädlichen Betriebsarten die endliche und ernsthafteste Fortführung der Arbeiterkassengesetzgebung, vor Allem die Einführung des gesetzlichen Zehnstundentages, aber, um ihn recht wirksam zu machen, auch für die erwachsenen männlichen Arbeiter.

Krupp.

Der plötzliche Tod des Kronenprinzen Krupp hat sehr viel Staub aufgewirbelt. Das war wieder eine Gelegenheit, bei der sich alle honesten Leute so recht aus tiefstem Herzensgrunde entriiten konnten. Galt es doch, der verhassten Sozialdemokratie, der Arbeiterbewegung überhaupt, eins gründlich auszuweisen. Nebenbei feierte man den Verstorbenen als Infarnation aller Tugenden und Vollkommenheiten, als Wohlthäter seiner Arbeiter. Eine solche Summe von Abgeschmacktheiten hat die bürgerliche Presse schon lange nicht verbrochen, als anlässlich des „Falles Krupp“. Hat es doch eine Schreiberseele im Neuen Stuttgarter Tagblatt fertig gebracht, in einem „Persönliche Erinnerungen an F. A. Krupp“ überschriebenen Feuilleton zu schreiben: „... So paradox es klingt, so wahr ist es: dieser Mann, der Höchstbesteuerte im Staate Preußen, hungerte bei seinem Vermögen von über 120 Millionen. Ich habe seinen Speisezettel im Hotel gesehen und genau kennen gelernt — er aß abseits von anderen Gästen an einem besonderen Tische, aber nicht in den von ihm gemietheten Hotelgemächern, in denen er u. A. ein besonderes Bureau für sich eingerichtet hatte — und wahrlich, Schmahlans war bei ihm Küchenmeister, nicht der geringste Arbeiter seiner Gussstahlwerke hätte sich mit diesem Speisquantum, von Schwenninger aufs Kärglichste bemessen, begnügt...“ Krupp war also leidend und hat sich, wie andere Sterbliche auch, dem Arzte fügen müssen.

Unsere Leser sind aus der Tagespresse über den „Fall Krupp“ orientirt, er untersteht nun der Beurtheilung der Gerichte, weshalb wir uns mit ihm nicht beschäftigen. Vor Gericht wird sich ja herausstellen, ob der „Vorwärts“-Artikel auf Unwahrheit beruht oder nicht. Was aber die auf Krupp gesungenen Lobeshymnen bezüglich der für die Arbeiter getroffenen Fürsorge betrifft, so ist das elende Scheitern und Schwindel. Die meisten Wohlfahrts-einrichtungen sind ja nichts weiter als Betten, mit denen die Arbeiter gefesselt werden. Den Rest dieses Wohlthätigkeitsschwindels hat die Firma Krupp erreicht. Wir haben in früheren Nummern

dieser Blätter uns damit ausführlich beschäftigt*, so daß wir heute bloß darauf zu verweisen brauchen. Allein der „Vorwärts“ hat in Erwiderung auf die gegen ihn gerichteten Angriffe in so prägnanter Weise die Kruppischen Wohlfahrtseinrichtungen dargestellt, daß wir glauben, seinen Artikel hier wiedergeben zu sollen. Der „Vorwärts“ schreibt:

Die Arbeiterwohnungen Krupps.

Die Firma Krupp hat den in ihrem Betrieb beschäftigten Arbeitern mehrere tausend Wohnungen erbauen lassen. Durch den Bau der Wohnungen brachte die Firma Krupp nicht das geringste Opfer. Der Mietzins dieser Wohnungen mußte ja pünktlich entrichtet werden, jedes Risiko fiel für die Firma weg, sie konnte deshalb auch die Miete um ein Geringes niedriger stellen, als der ortsübliche Mietzins sonst betrug. Dafür besaß die Firma aber in den völlig abgeschlossenen Arbeiterquartieren eine viel größere Aufsicht über ihre Arbeiter — wie weit diese Luftschicht ging, werden wir später darlegen —, sie vermochte mit Leichtigkeit jegliche Kontrolle über die in den Arbeiterkolonien Angelegten auszuüben. Und sie besaß vor allen Dingen die Möglichkeit, entlassenen Arbeitern ihr Obdach sofort zu rauben, ein Mittel, die Arbeiter jeder Zeit in ihrer Hand zu behalten und vor jedem Wanken gegen den Betriebsfeudalismus zu bewahren.

Die Konsumläden Krupps.

Auch die Konsumläden Krupps boten ein vortreffliches Mittel, die Arbeiter vor jedem Aufbegehren zu behüten. Sie beanspruchten ebensowenig auch nur den geringsten materiellen Aufwand wie die Arbeiterwohnungen. Die Konsumläden verkauften ja keineswegs ihre Waaren, sondern verkauften dieselben zu den allgemein üblichen Preisen. Der einzige Vorteil der Waarenabnehmer besteht in der Berechnung eines gewissen Rabatts für die entnommenen Waaren, ein Rabatt, der in der Höhe von 6 bis 7 Proz. am Jahresabschluss, dem 1. Juli, berechnet, und im Dezember zurückgezahlt wurde. Aber dieser Rabatt wurde keineswegs, wie dies sonst bei Konsumvereinen Brauch ist, an alle Käufer ausgezahlt; die im Laufe des Jahres freiwillig oder unfreiwillig aus dem Betriebe Ausgeschiedenen gingen vielmehr des Rabatts vollständig verlustig! Auch im günstigsten Falle, wenn der Ausgeschiedene den Betrieb kurz nach der Auszahlung des Rabatts verlassen hatte, büßte er den Rabatt für die seit dem Juli entnommenen Waaren, also für ein volles halbes Jahr, ein. Man sieht, daß auch die Konsumläden, diese vielgepriesene „Wohlfahrtseinrichtung“, in Wirklichkeit nur ein ganz offenkundiges Mittel darstellen, die Arbeiter der Firma aus Sorge vor dem Verlust von mindestens 50 Proz. des Rabatts dem Fabriksfeudalismus der Firma Krupp gefügig zu machen.

Die Wohlfahrts-Pensionskasse Krupps.

Diese Pensionskasse ist ganz besonders als die Krone der vorbildlichen Wohlfahrtseinrichtungen der Firma gepriesen worden. Es verlohnt sich also, daß wir bei dieser berühmten Institution ein wenig länger verweilen. Denn diese Pensionskasse ist wirklich eine Wohlfahrtskasse — für die Firma Krupp nämlich!

Der „Wohlfahrts-Pensionskasse“ muß jeder Arbeiter des Betriebs angehören. Man zwingt Jeden, sich den Wohlthaten dieser Kasse zu unterwerfen. Daß dieser Zwang zum Empfang der Wohlthaten nicht überflüssig ist, wird man sogleich begreifen.

Zunächst wird ein Einschreibegeld in der Höhe des 1½fachen Tagesverdienstes, durchschnittlich von 6 M., erhoben. In laufenden Beiträgen müssen 2½ Proz. des Arbeitsverdienstes gezahlt werden. Im Jahre 1900 zahlte demzufolge jedes Mitglied der Kasse einen Jahresbeitrag von 84,8 M. Und welche Wohlthaten empfängt dafür der Arbeiter? Er kann Rentempfänger werden. Um in diese Glückseligkeit zu kommen, muß er also mindestens zwanzig Jahre — bei besonders schwerer Arbeit, Feuerarbeit, 15 Jahre — ununterbrochen im Dienste der Firma Krupp geblieben haben und seine vollständige Arbeitsunfähigkeit durch das übereinstimmende Urteil zweier Ärzte nachweisen. Dabei bleibt bei der Dienstalters-Berechnung die Zeit vor dem zurückgelegten 18. Jahre unberücksichtigt. Für diese nicht in Anrechnung gelangenden Jahre muß er aber gleichwohl Beiträge leisten! Unberücksichtigt bleibt ferner eine über 13 Wochen hinausgehende Krankheitszeit, ferner die Zeit, während deren ein Mitglied eventuell als Halbinvalid beschäftigt war.

Diejenigen, die vor Ablauf der zwanzig resp. fünfzehn Jahre den Betrieb verlassen oder abgelegt wurden, erhalten nicht einen einzigen Pfennig jener Zwangsbeiträge vergütet, die sie während langer Jahre geleistet haben! Auch dann nicht, wenn sich, was öfter vorkommt, die Beiträge auf 1000 Mark angesammelt haben! Und die Zahl der aus Krupps Betrieben alljährlich Ausgeschiedenen resp. Ausgeschiedenen ist eine ungeheuer große. Wer sich irgendwie bei einem Vorgesetzten mißlieblich macht, wer politisch anrüchlich ist oder auch nur einer Gewerkschaft angehört, fliegt unbarmerzig hinaus! So verließen allein im Jahre 1899 nicht weniger als 7759 Arbeiter den Betrieb! In den folgenden Jahren waren es ebenfalls 7—8000 Personen!

Daß unter solchen Umständen die „Wohlfahrts-Pensionskasse“ glänzend prosperierte, ist kein Wunder. Bei einer durchschnittlichen Mitgliederzahl von 25,882 betrug der Ueberschuß der letzten Jahre bei einer Gesamtsumme

von 2,246,000 M. fast die Hälfte, nämlich 1,167,000 M. Das Gesamtvermögen betrug am Jahresabschluss 1900 genau 10,742,423,81 M. Welche geniale Methode, auf Kosten der Arbeiter einen ungeheuren „Wohlfahrtsfonds“ anzusammeln. In der That, ein raffiniertes, man möchte sagen schwindelhaftes System, eine Arbeiterfürsorge vorzuspiegeln, die in Wirklichkeit in einer Ausbeutung der Arbeiter besteht, kann nicht gut erfunden werden.

Und welche moralisch entsetzenden und korrumpirenden Einflüsse übt dieses System auf die Arbeiter aus. Da die „berühmten“ Arbeiter begreiflicherweise die hohen Summen, die sie für den Wohlfahrtsfond der Firma Krupp geopfert haben, nicht verlieren mögen, sehen sie sich genötigt, sich von den Beamten der Firma Alles gefallen zu lassen. Je näher der Arbeiter dem angegebenen Dienhalter rückt, desto größer wird seine Furcht, irgendetwas das Mißfallen der Beamten zu erregen, ein desto schwererer, schuldhafterer Slave des Vorgesetzten wird er. Mit Anspannung aller physischen Kräfte und unter Verzicht auf alle doch gesetzlich gewährleisteten Rechte, sucht er sich in der Gunst des Vorgesetzten zu erhalten. Völlige Untertänigkeit, blinder Gehorsam gegen alle Willkür, gegen Lohnabzug, unwürdige Behandlung ist die Lösung. Die geringste Meinungsverschiedenheit, die leifteste Hervorkehrung des nicht ganz erstickten Gefühls der Menschenwürde kann ihn ja auf's Straßengpflaster fliegen lassen. Wie man mit den Arbeitern thatsächlich umspringt, dafür nur ein Beispiel. Im Mai 1900 magte es ein Arbeiter, kurz vor der Generalversammlung in einer Vertreters-Vorbesprechung einige Bestimmungen der Kasse einer gelinden Kritik zu unterziehen. Zwei Tage vor der Generalversammlung wurde ihm noch gestattet, die fälligen Beiträge zur Kasse zu entrichten, dann erhielt er unbarmerzig den Entlassungsbescheid. Und dieser Mann stand mehr als zwanzig Jahre im Dienste der Firma Krupp und war ein pünktlicher, ruhiger Arbeiter. Das beweist schon der Vermerk auf seinem Abgangszeugnis: „Führung und Leistung gut.“

Kein Wunder, daß in diesem Jahre fünf Versammlungen in Essen, die von 2000 Personen besucht waren, einen gefühlvollen Schluß gegen die Krone der Kruppischen Wohlfahrt, die Wohlfahrts-Pensionskasse, verlangten! Ein an Krupp, der sich damals wieder einmal auf Capri befand, abgejandtes Telegramm blieb ohne Antwort. Der Mann, der nach den Angaben seines Justitiars auf Capri Leute aus Bucherhänden befreite, hatte keine Zeit für jene Arbeiter, die ihm die Summen für diese humanitäre Thätigkeit erarbeiteten!

Die Profite Krupps.

Im Bericht der Budgetkommission zum Marine-Etat wurden seiner Zeit die tollen Preisstreiberien der Firmen Krupp und Stumm des Näheren geschildert. Es wurde mitgeteilt, daß jedes Linien Schiff für 6 Millionen Mark, jeder große Kreuzer für 4 Millionen Mark Nickelstahl-Panzerplatten erfordert. Es wurde dann hervorgehoben, daß es dem Marineminister der Vereinigten Staaten von Nordamerika gelungen sei, Kruppische Panzerplatten zu einem Preise von 1920 Mark zu erlangen, während die deutsche Marineverwaltung 2320 M. pro Tonne, oder ca. 400 M. mehr pro Tonne zahlen mußte. Den niedrigeren Preis hat das amerikanische Marineministerium erst erzielt, als der Kongreß 4 Millionen Dollar ausgetrieben hatte zur Herstellung einer Panzerplatten-Fabrik der Regierung. Die amerikanischen Lieferungsanfragen gingen von dortigen Gesellschaften aus, welche Krupp und Garbey für ihre Patente eine Gebühr von 35,5 Dollars die Tonne zu zahlen haben. Der Bericht der Budgetkommission rechnete nun aus, daß jeder Jahresetat der deutschen Marine etwa 7500 Tonnen Nickelstahl-Panzerplatten und bei einem um 400 M. höheren Preis pro Tonne die Nachforderung der deutschen Fabrikanten einen Nachteil von etwa 3 Millionen Mark jährlich für das Deutsche Reich oder einen Gesamtverlust von 60 Millionen Mark für die Dauer der Bauzeit des Flottenprogramms enthält.

Wörtlich hieß es dann in dem Kommissionsbericht: „Gegenüber einer solchen unerhörten Preisstreiberie der beiden deutschen Fabriken, welche sich dieses Monopol geschaffen hätten, wurde es für erforderlich gehalten, entweder die ausländische Konkurrenz zu den Lieferungen heranzuziehen oder die Errichtung eines Nickelstahl-Panzerplattenwerks für Rechnung des Reiches anzustreben. Eine dahin gehende Resolution wurde mit 20 gegen 4 Stimmen angenommen.“

Man sieht, der Bericht der Budgetkommission zum Marine-Etat liefert eine treffliche Charakteristik zum vielgepriesenen Patriotismus der Firma Krupp! Die Firma Krupp verstand es ebenso raffiniert, die deutschen Steuerzahler, wie ihre Arbeiter ihre famose „Arbeiter-Wohlfahrt“ bezahlen zu lassen. Kein Wunder, daß die „Entbehrenspremie“ Krupps auf jährlich 25 Millionen answellen konnte!

Wahrlich, eine Wohlthäterin der Menschheit, diese Firma Krupp!

Die Einführung von Krankenunterstützung im Deutschen Metallarbeiter-Verband.

Regelmäßig, wenn die Generalversammlung vor der Thür steht, sehen wir, daß von verschiedenen Seiten darauf hingearbeitet wird, neue Einrichtungen für den Verband zu schaffen. Jetzt ist es die Frage der Einführung von Krankenunterstützung, und zwar unter der Devise, daß es der Selbsterhaltungstrieb unserer Gewerkschaft erheische, diese Unterstützung einzuführen. Man muß sich wirklich fragen: haben wir denn schon alle Zugmittel für unseren Verband verloren, daß es notwendig ist, wieder ein neues zu suchen? Die Behauptung der Gegner der Arbeitslosenunterstützung, daß durch Einführung derselben unsere Mitgliederzahl abnehmen werde, ist erfahrungsgemäß nicht eingetroffen. Aber auch das Schlagwort von dem stabilen Mitgliederstand hat sich nicht bewährt. Ich behaupte, unser Mitgliederstand hätte sich

auch ohne Arbeitslosenunterstützung in derselben Weise gehoben auf Grund unseres Programms als Kampforganisation.

Nun, da wir die Arbeitslosenunterstützung einmal haben, sollten wir eher versuchen, diese richtig auszubauen, statt schon wieder mit einer neuen Einrichtung zu kommen. Zunächst sollte die Krankzeit von 8 auf 8 Tage herabgesetzt werden. Es wäre die Dauer der Bezugsberechtigung von 7 auf 10 Wochen zu erweitern. Dann könnte man auch auf den Vorschlag des Kollegen Vollhals eingehen, den § 2c fallen zu lassen. Die Ausgabe von 58,000 M. nach demselben rechnet sich zum großen Teil aus Nothfällen, die durch längere Arbeitslosigkeit oder längere Krankheit entstanden sind.

Was für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung maßgebend war, trifft doch für die Krankenunterstützung nicht zu, da für diese eine große Anzahl Versicherungsanstalten existiert, was für jene nicht zutrifft. Daher entfällt auch der Grund der Bedürftigkeit zur Einführung einer solchen Unterstützung. Wir haben in Deutschland viele Hilfskassen, die ihren Mitgliedern mindestens ebenso hohe Unterstützung gewähren, wie unser Verband es im Stande sein wird. Ich erkläre es mir daher auch, daß (um mit Kollegen Vollhals zu reden) noch keiner den Sündenbock hat machen und mit einer Berechnung hat hervortreten wollen.

Wäre ich bis jetzt ein Anhänger der Krankenunterstützung durch den Verband gewesen, so hätte mir die aufgestellte Rechnung bewiesen, daß dieser Unterstützungszweig unter den heutigen Verhältnissen nicht durchführbar ist. Die progressiv steigende Unterstützung nach den bezahlten Jahresbeiträgen ist nicht durchführbar, weil die Leistungen des Verbandes nach einjähriger Mitgliedschaft mit 4 M. pro Woche bei 20 Pfg. Wochenbeitrag so niedrig ist, daß sie selbst von der Gemeinde-Krankenversicherung überboten wird. Andererseits würde aber eine höhere Unterstützung ohne Krankzeit den Verband höher belasten, als durch Erhöhung des Beitragssatzes um 20 Pfg. pro Woche mehr eingenommen würde. Es ist mir überhaupt unverständlich, warum Derjenige, der ein Jahr lang seine Beiträge bezahlt, eine niedrigere Unterstützung beziehen soll als Derjenige, der wohl schon mehrere Jahre Beiträge geleistet hat, dafür aber schon mehrfach Unterstützung wieder herausgeholt hat.

Doch selbst angenommen, es würde die Unterstützung in der angegebenen Form durchgeführt, so stimmt die Berechnung für die Praxis doch nicht. Lassen wir die Statistik der Ortskrankenkasse der Metallarbeiter Münchens für unsere gesammte Mitgliedschaft gelten, so ergibt sich, wie Vollhals festgestellt hat, eine Ausgabe für Krankenunterstützung bei der durchschnittlichen Krankheitsdauer von 19 Tagen von 745,353 M. Man können wir aber nach der Aufstellung des Vorstandes pro Jahr nur 40 Beitragswochen statt 45 annehmen. Es ergibt sich hieraus eine Gesamtsumme von 100,000 Mitgliedern von 300,000 M. Man wird angeführt, für Verwaltungskosten seien 5 Proz. erforderlich. Wüßte ich nicht, daß Vollhals lange Zeit Zahlstellen geleitet hat, so müßte ich annehmen, daß er gar keine Ahnung hat, wie hoch sich die gewöhnlichen Verwaltungskosten unseres Verbandes belaufen. Wir dürfen heute am Orte 20 Proz. der Einnahmen für Verwaltungszwecke ausgeben und es wird in den meisten Fällen zutreffen, daß mit diesen 20 Proz. die Ortsverwaltungen nicht auskommen. Bei der Durchführung der Krankenunterstützung ist sicher, daß wir für Verwaltungskosten prozentual ebensoviel brauchen als jetzt. Ich ziehe hier einmal die Verwaltungskosten der Frankfurter Ortskrankenkasse in Betracht. Die Einnahmen derselben betragen an Beiträgen inklusive der der Arbeitgeber im Jahre 1901 1,590,594,86 M., die Verwaltungskosten 159,579,21 M., also ungefähr 10 Prozent. Nun werden sich die Kosten bei uns gegenüber einer lokalen Krankenkasse doch ganz bestimmt höher stellen. Ich rechne mit mindestens 15 Proz. und glaube ich damit eher zu niedrig als zu hoch gegriffen zu haben. Nun stellt sich die Berechnung wie folgt: Einnahmen 800,000 M., Unterstützung an 68 Proz. der Mitglieder à 19 Krankheitsstage 745,353 M., Verwaltungskosten 15 Proz. der Einnahmen 120,000 M., verbleibt ein Minus von 65,353 M. Angenommen, es würden für Verwaltungskosten nur 5 Prozent verbraucht, so ergäbe sich immer noch ein Defizit von 25,000 M.

Wo bleibt hier die Ansammlung eines Reservefonds? Aus welchen Mitteln soll das Defizit gedeckt werden? Ich siehe allerdings nicht auf dem Standpunkte, daß nicht etwa ein Schema gefunden werden könnte, nach dem die Einführung möglich wäre. Dabei kommt aber wieder in Betracht, daß in Folge der Einführung überhaupt eine große Anzahl gerade älterer Kollegen geschädigt würde. Viele derselben sind heute schon so hoch verschuldet, daß ihnen die Unterstützungssumme von Seiten des Verbandes von der Orts- oder Metallarbeiter-Krankenkasse als Ueberversicherung angerechnet und von der Unterstützung der betreffenden Kasse in Abzug gebracht würde. Diese Kollegen werden wahrscheinlich eher aus dem Verbande austreten, als daß sie ihre in einer Hilfskasse erworbenen Rechte preisgeben. Ich erinnere hier nur an die Metallarbeiter- und an die Gold- und Silberarbeiter-Krankenkasse usw., deren Mitglieder auch zu einem großen Theile Mitglieder unseres Verbandes sind.

Es würde also nach dem Angeführten nur für eine kleinere Anzahl von Kollegen von Werth sein, wenn wir uns auch diese Einrichtung noch aufhalten würden. Es bliebe sodann noch statt der obligatorischen die fakultative Einführung der Krankenunterstützung. Auch diese ist zu verwerfen, weil, je geringer die Anzahl der Versicherten, desto größer die Verwaltungskosten sind. Wir müssen bei einer solchen freiwilligen Versicherung doch auch mindestens das gewähren, was die bestehenden Hilfs- und Ortskassen bieten, um überhaupt die Mitglieder dafür zu interessieren. Die Krankzeit dürfte höchstens dreizehn Wochen betragen. Auch das von allen Kassen gewährte S t e r b e g e l d müßte in Betracht gezogen werden, sonst werden sich die jungen Mitglieder lieber in

* Um unseren Lesern das Nachschlagen zu erleichtern, führen wir an: Nr. 45 und 46/1897: Wohlfahrtseinrichtungen. — Nr. 29 und 30/1898: Das Geschäftswert Friedr. Krupp und seine Entstehung. — Nr. 31/1899: Ein Besuch bei „Papa“ Krupp in Essen. — Nr. 20/1900: Wohlfahrtseinrichtungen. — Nr. 27/1900: Zur Kritik der „Wohlfahrtseinrichtungen“. — Nr. 46 und 48 1901: Der Zweck der Arbeit soll das Gemeinwohl sein. — Nr. 50/1901: Zum Kapitel: Kruppische Wohlfahrtseinrichtungen. — Nr. 11/1902: Aus dem Königreiche Krupp.

einer freien Hilfskasse aufnehmen lassen, während nur eine große Anzahl Derjenigen hätten, die schon beim Eintritt krank sind und deshalb in keiner Hilfskasse aufgenommen werden. Dies ist eben ein Hauptpunkt, der uns gegenüber den Hilfskassen in Nachteil bringt, weil es bei uns ja wohl unmöglich sein wird, einen Gesundheitsnachweis zu verlangen. Andererseits können wir auch nicht das leisten, was von den Ortskrankenkassen geboten wird, da diese 33 1/2 Prozent Beiträge mehr zur Verfügung haben durch Zahlung des Drittels der Unternehmener.

Es kommt dann noch hinzu, daß es in den großen Städten geradezu unmöglich sein wird, eine wirksame Krankenkontrolle, die doch unbedingt nötig ist, durchzuführen. Jetzt sagt sogar unsere hiesige Ortskrankenkasse, daß sie sehr schwer mit dem Simulantenthum zu kämpfen habe, obwohl sie nicht weniger als 18 Krankenkontrollen angestellt hat. Bei der Arbeitslosenunterstützung war die Kontrolle wohl noch möglich, was aber bei Krankheit unmöglich sein wird, da wir nicht die Mittel zur Verfügung haben, um Krankenkontrollen angustellen.

Es schreibt nun Kollege Vorhölzer (Nr. 82 ds. Bl.), die Krankenunterstützung wird und muß kommen, aber mit Zahlenmaterial hat er sich doch noch nicht getraut hervorzutreten, obwohl er doch noch aus der Zeit seiner Gegnerschaft zum Unterstützungsweesen davon Verschiedenes besitzen muß. Ich selbst bin nicht Gegner der Unterstützung, weil ich für den Kampfescharakter des Verbandes fürchte, sondern weil mir noch nicht bewiesen werden konnte, daß es überhaupt möglich ist, sie praktisch durchzuführen. Ich sehe vielmehr auf dem Standpunkt des Kollegen Böcking, daß bei einigem guten Willen wohl eine Vereinigung mit der Metallarbeiter-Krankenkasse möglich und durchführbar ist. Wir sollten lieber noch einige Jahre warten, bis sich in der Metallarbeiter-Krankenkasse die Meinungen etwas geklärt haben, denn auch dort wird sich mit der Zeit ein anderer Geist bemerkbar machen. Dann schaffe man etwas Ganzes, das dem Verbande zum Vortheil gereicht, statt daß man Experimente macht, die auch noch einen Teil von unserem jetzigen Massenbestand aufzehren oder eine abermalige Erhöhung der Beiträge über 50 Pfg. hinaus nötig machen würden. Als Agitationsmittel können wir eine derartige Unterstützung nicht vernünftigen, da wir nach den angeführten Gründen nicht im Stande sind, das zu bieten, was viele Hilfskrankenkassen heute schon gewähren. Als Agitationsmittel haben wir die Unterstützung gar nicht nötig, da wir auf Grund unserer Kampforganisation genug Mittel zur Verfügung haben. Mäße der Verzicht nur den Verwaltungsstellen mehr Mittel zur Agitation zur Verfügung stellen, dann würde sich eine bedeutende Vermehrung unseres Mitgliederstandes wohl erreichen lassen. Selbst Segitz jagte schon in Nürnberg: „Für diesen Zweck wird viel zu wenig ausgegeben.“ So sehen wir z. B. den Verband der Maurer ohne Unterstützungsweesen von 11,842 Mitgliedern im Jahre 1892 auf 80,869 Mitglieder im Jahre 1901 anzuwachsen, also um mehr als das Siebenfache, während der Metallarbeiter-Verband nebst Formern und Goldarbeitern von 83,492 Mitgliedern im Jahre 1892 nur die dreifache Erhöhung bis 1901 (102,905 Mitglieder) erreicht hat. Das Gegenstück sehen wir noch draußiger im Verbands der Schenker, der ja schon die Krankenunterstützung eingeführt hat und dessen Mitgliederzahl trotzdem von 10,150 Mitgliedern im Jahre 1892 nur auf 19,555 Mitglieder im Jahre 1901 gestiegen ist. Wir sehen es ja bei uns selber. In den zwei Jahren 1899/1900 haben wir 181,769 Mitglieder aufgenommen, von denen trotz Arbeitslosenunterstützung 106,000 wieder ausgetreten sind. Hiermit ist doch auf das Elakanteste beziffert, daß sich durch Einführung des Unterstützungsweesens die Stabilität des Mitgliederstandes weder gehoben hat noch heben kann. Doch durch Hervorheben unseres Massencharakters liegen sich eher Vortheile für unsere Mitglieder erzielen, als durch Einführung von Unterstützungen in Krankheitsfällen. Im Jahre 1898 verzeichnet unser Verband 47 Gesamtstreiks mit 2324 Beteiligten, der Maurerverband dagegen 93 Streiks mit 15,677 Beteiligten. Angriffsstreiks hatten wir in derselben Zeit 21 mit 657 Beteiligten, die Maurer aber 64 Angriffsstreiks mit 11,223 Beteiligten. Ich wähle dieses Jahr, weil man da von einer Krise noch nicht sprechen kann.

Hier zeigt sich ja recht deutlich, daß wir uns immer mehr dem Jahrochse der Fisch-Dandieraner nähern, während z. B. die Maurer durch ihre rege Agitation und Hervorheben ihres Massencharakters einen bedeutenden Mitgliederstand erzielt haben. Dadurch ist es ihnen möglich gewesen, an den meisten größeren Orten eine Lohnunterstützung für die Kollegen durchzuführen, was mir zweifellos mehr wert ist, als die Einführung von solchen Palliativmitteln, wie sie jetzt wieder geplant sind.

Frankfurt a. M. R. S.

Der Artikel des Kollegen Vollhals in Nr. 46 dieser Zeitung veranlaßt mich, das Wort zur Einführung der Krankenunterstützung im D. Metallarbeiter-Verband zu nehmen, und zwar werde ich dazu angelegt durch die Beweisführung der Durchführbarkeit derselben. Dazu möchte ich nun von vornherein bemerken, daß es doch ein etwas eigenständiges Verfahren ist, der Einführung eines Unterstützungsweesens im Verbands das Wort zu reden aus dem Grunde, weil es nach Ansicht des betreffenden Kollegen durchführbar ist. Keines Erachtens muß es sich bei einer solchen Frage erst um die Zweckmäßigkeit und dann diese im besondern Sinne entscheiden, um die Durchführbarkeit derselben handeln. Denn natürlich ist es auch durchführbar, die deutsche Flotte um das Doppelte des jetzigen Bestandes zu erhöhen, und kein Mensch in unserer Nation würde deshalb die Möglichkeit eines solchen Regiments auch für zweckmäßig halten.

Was nun das Letztere in Bezug auf die Krankenversicherung im Verbands anlangt, so kann ich mich der Ansicht nicht enthalten, daß diese für das Gelingen derselben von

sehr minimaler Bedeutung ist. Zwar sagt der Kollege Vollhals, die Einführung des Unterstützungsweesens (und dazu rechnet er die Krankenversicherung) ist nur eine Frage des Selbsterhaltungstriebes der Gewerkschaften, aber wie will dem der Kollege den Beweis erbringen, daß hierzu die Krankenversicherung notwendig ist? Im Gegentheil lehnen uns doch z. B. die Gewerksvereine, daß das ausgedehnteste Unterstützungsweesen nicht notwendig einen Mitgliederzuwachs oder auch nur eine Stabilität in der betreffenden Institution zur Folge hat, sondern daß die innere Güte, das mehr oder minder fortschrittliche Wesen einer Arbeiterorganisation auf die Haltung der Arbeiterschaft bestimmend wirkt.

Im Uebrigen stellt man sich aber auch mit der Befürwortung eines solchen Planes in direkten Gegensatz zu den sonst herrschenden Ansichten der organisierten Arbeiterschaft über die sozialpolitische Gesetzgebung, insofern als man hier dem Staat eine Pflicht abnimmt, die nur von ihm in gemeinwärtigem Sinne ausgeübt werden kann. Diese und andere Gründe (Degradation des Verbandes zum Unterstützungsverein, Befürchtung der allzu hohen Beitragsleistung usw.) waren denn auch bisher maßgebend, von einer Diskussion dieser Frage abzusehen. Der Kollege Vollhals stellt es als ein Verdrehen hin, daß ein großer Theil der Kollegen nur in den Zwangskassen berichtigt ist, wodurch in vielen Fällen Noth und Elend über sie und ihre Familien hereinbricht. Betrachtet man die Sache ein wenig objektiv und nicht mit der schwarz gefärbten Brille, so erhält man doch ein anderes Bild. Es sind meistens lebige Mitglieder, die nur der Zwangskasse angehören, während der weitaus größte Theil der verheirateten Mitglieder schon heute in freien Hilfskassen ist. Was aber die Ersteren anbetrifft, so läßt sich gar nicht leugnen, daß sie für ihr Verhalten gewisse Gründe haben. Nach einer neuen Praxis vieler Kassen werden nämlich selbst leichter erkrankte Ledige Personen einfach dem Krankenhause überwiesen. Daraus ergibt sich aber, daß die unverheirateten Kollegen gar nicht das Bedürfnis haben, auch noch freiwillig Krankenkassenbeiträge zu zahlen, da sie hierin in der Zeit der Krankheit gar keinen Nutzen hätten. Aber auch abgesehen davon ist schon das bloße Bewußtsein, für Niemand weiter als für sich selber sorgen zu müssen, ein Grund für diese, nur der Zwangskasse beizutreten. Ist dies aber der Fall, dann wäre damit schon ein großer Theil des Bodens, auf dem die Krankenunterstützung im Verbands aufgebaut werden soll, entzogen. Denn Niemand wird doch schließlich der Meinung sein, daß die jüngeren, lebigen Kollegen als die numerisch größere Zahl darum dem Verbands angehören, um den Älteren, verheirateten Kollegen Vortheile zu ermöglichen, die sie für ihre eigene Person nicht beanspruchen.

Nachdem nun der Kollege Vollhals die Notwendigkeit der Einführung der Krankenunterstützung dargelegt zu haben glaubt, kommt er zu der Frage der Möglichkeit, die er von vornherein unter Ausführung einer aufgestellten Berechnung im besondern Sinne entscheidet. Nun will ich gar nicht auf die Berechnung als solche eingehen, sondern unterstelle sie von vornherein als richtig, weil ich nämlich der Meinung bin, daß, wenn die Krankenversicherung eingeführt werden sollte, auch die Mittel zur Durchführung derselben beschafft werden müßten. Und wäre dieses nicht mit den 20 Pfg. möglich, um die der Bodensbeitrag nach Meinung des Kollegen Vollhals erhöht werden müßte, dann würde man eben die sonstigen Verbandsmittel hierzu heranziehen, worunter selbstverständlich die anderen Aufgaben des Verbandes — namentlich der irte Kampf gegen das Unternehmertum — leiden würden, und das ist der hauptsächlichste Punkt, der mich veranlaßt, gegen dieses Projekt zu stimmen.

Könnte man nun auch die Berechnung Vollhals' an sich stellen lassen, trotzdem auch diese nicht einwandfrei ist, so sind doch die Voraussetzungen für dieselbe ganz falsche. Eingangs seines Exemplars stellt Vollhals die Arbeitslosigkeit als Barometer, also als Gradmesser der Krankenkassen dar und kommt dann zu dem Schluß, daß sich hiernach die aufzubewernden Summen für Auszahlung des Krankengeldes berechnen lassen. Zu dieser Berechnung muß ihm nun die ausgezahlte Ortsunterstützung in München im Jahre 1901 dienen. Hierbei geht er nun von vornherein von der falschen Annahme aus, daß München in der Auszahlung von Ortsunterstützung an höchster Stelle steht und damit diesherab zu dem falschen Schluß, daß das, was in München trotz der Auszahlung der größten Summen für Ortsunterstützung in Krankenunterstützung umgewandelt nach seiner Auffassung möglich ist, auch für den Gesamtverband durchführbar wäre. Diese Berechnung ist falsch, einmal, weil München bei Auszahlung von Ortsunterstützung erst an vierter Stelle steht; zweitens aber, weil nach den Angaben Vollhals' die Krankheitsfälle in München die der Arbeitslosigkeit derselbst 3/2 mal übersteigen, drittens aber ist das ganze Rechenexempel eine Unmöglichkeit, weil für den Verband die Berechnung der Arbeitslosen-Unterstützungsummen als Grundlage zur Berechnung der Summen für Krankenunterstützung gar nicht in Betracht kommen kann, da sich die Auszahlung beider Unterstützungssummen an ein Mitglied anschließt. Da nun aber jährlich ein großer Theil arbeitsloser Arbeiter oder kranker Arbeiter dem Verbands angehören, diese aber im eventuellen Falle entweder nur die Arbeitslosenunterstützung oder die Krankenunterstützung bekommen würden, so muß diese ganze Berechnung, auf die ausgezahlten Summen für Ortsunterstützung aufbauend, über den Haufen fallen, da hier eine Grenze zwischen Arbeitslosenunterstützung und Krankenunterstützung nicht, oder wenn, nur zum Nachtheile der Mitglieder gezogen werden kann.

Doch weiter. Die Höhe des Unterstützungssatzes soll nun nach Vollhals mit der Unterstützung der Zwangskassen unansehend die Höhe des ortsüblichen Tagelohnes erreichen. Das wäre aber ein direkter Nachtheil gegenüber den jetzt bestehenden Zuständen, indem viele Versicherungsmitglieder als Mitglieder auch freier Hilfskassen ihren thätiglichen Verdienst als Krankenunterstützung bekommen, in fast allen Fällen aber mehr, als der

ortsübliche Tagelohn beträgt. Dann aber würden dadurch auch die Mitglieder in größeren Städten im Vortheil sein gegenüber den Mitgliedern in kleineren Städten, in welcher letzteren für die Regel der ortsübliche Tagelohn niedriger bemessen ist, als in den ersteren. Und als Unikum käme hinzu, daß viele Mitglieder, namentlich solche, die in guten Fabrikkrankenkassen versichert sind, einen Anspruch auf Krankenunterstützung im Verbands nicht erheben könnten, weil schon in den Fabrikkrankenkassen die Unterstützung die Höhe des ortsüblichen Tagelohnes übersteigt.

Ich glaube, hiermit bewiesen zu haben, daß die Einführung der Krankenunterstützung für den Verband nicht nur nicht zweckmäßig, sondern für viele Mitglieder direkt schädigend wäre. Dazu kommt, daß der Verband durch immer größere Ausdehnung des Unterstützungsweesens notwendig seinen Kampfescharakter verliert und damit das Ziel, den Mitgliedern durch Zugehörigkeit zur Organisation bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen, in immer größere Ferne gerückt wird.

Leibenberg i. Schle. Paul Zippel.

Unnützlich wenn eine Umgestaltung oder Erweiterung eines Systems geplant wird, machen sich mehr oder weniger Stimmen für und gegen geltend. Erinnern wollen wir nur an die Arbeitslosenunterstützung, die z. B. doch eine gewisse Forderung unter den Kollegen gezeitigt hat. Da wehte ein frischer Zug unter den Kollegen, sie waren alle mehr oder weniger obdacht, ihre Meinung in der öffentlichen Diskussion zum Ausdruck zu bringen.

Ganz anders ist es jetzt, obwohl schon seit langer Zeit der Gedanke ernst gehegt wird, unser Unterstützungsweesen zu erweitern, und zwar in Form eines Krankenausschusses. Man möchte fast behaupten, daß die wirtschaftliche Krise derart auf die Kollegen einwirkt, daß sie über derartige wichtige Fragen Stillschweigen bewahren. Auffallend tritt hier die Thatsache in Erscheinung, daß gerade die Gegner der Krankenunterstützung sich zu diesem Punkte auszusprechen. Oder man darf annehmen: „Stillschweigen ist auch eine Antwort,“ nämlich, daß die Mehrzahl der Kollegen mit dem Projekt einverstanden sind?

Die Frage, warum man dazu übergehen will, das Unterstützungsweesen weiter auszubilden, beantwortet wir nun dahin, daß es eine soziale Nothwendigkeit ist. Haben wir einmal den Weg der Unterstützung betreten, dann müssen wir denselben auch logischer Weise bis zu Ende verfolgen, sonst hätten wir das Unterstützungsweesen von vornherein ganz bei Seite lassen sollen.

Vom agitatorischen Standpunkt aus scheint man bezüglich der Krankenunterstützung getheilte Meinung zu sein. Verschiedene Kollegen scheinen dem Standpunkt zu vertreten, daß nur im eigenen Interesse der Mitglieder selbst die Einführung dieses Unterstützungsweesens rathsam erscheine. Bei objektiver Beurtheilung kommt man aber leicht zu der Ueberzeugung, daß dem nicht so ist, sondern heute leider die Unterstützungsweesen eine Hauptrolle in der Agitation bilden. Wir wollen dabei die Kollegen nur an die Mitgliederziffer vor und nach der Einführung der Ortsunterstützung erinnern. Es steht fest, daß hierbei die Unterstützung mehr als das gewerkschaftliche Ideal gewirkt hat. Ferner steht fest, daß der heutige Durchschnittsarbeiter noch den Fehler macht, die Organisation mit einer Waare zu vergleichen, für wenig Geld sucht er möglichst viel zu erhalten.

Wir können uns wohl alle darin einig sein, daß Jahrzehnte vergehen werden, ehe die Arbeiter alle aus eigenem Antriebe, der Macht des Klassenbewußtseins gehorchend, dazu übergehen, Mitglieder der gewerkschaftlichen Organisationen zu werden. Solange dieses nicht der Fall ist, müssen wir jedes Mittel begrüßen, das geeignet ist, in der Agitation die besten Dienste zu erweisen. Sondernfalls wird auch die Krankenunterstützung einen großen Theil dazu beitragen, den Zusammenhang der Kollegen zu festigen, der Fluktuation, die behauerlicher Weise immer noch eine große ist, vorzubeugen, und dem Kranken Kollegen, der in Noth und Elend geräth, einen Dienst zu erweisen.

Was die Durchführbarkeit der Krankenunterstützung innerhalb unserer Organisation anbelangt, so steht fest, daß sie bei einer Beitragsbelastung von 20 Pfg. höchstens auf einer gesunden Grundlage aufgebaut werden kann. Betrachtet man die lokalen Zustände, so leisten diese analog unserer Beitragsberechnung schon etwas ganz Respektables. Es könnte wohl von den Gegnern der Krankenunterstützung auf die Schwächen der Unterstützung hingewiesen werden, allein Gegenfuge sind überall zu finden, deshalb laßt uns nicht solange warten, bis sämtliche Mängel aus der Welt verschwunden sind. Wenn etwas im Interesse der Allgemeinheit liegt, dann soll man auch zur Bewirklichung schreiten.

Wir erwarten deshalb vom Hauptvorstand, daß er der nächsten Generalversammlung mit einer diesbezüglichen Vorlage aufwartet, um einen gerechten Wunsch vieler Mitglieder in Erfüllung zu bringen.

W. a. m., 20. Nov. D. S.

Nachdem schon in Nr. 16 d. J. von Nürnberg aus darauf hingewiesen worden ist, sich mit der Frage der Verbandskrankenkasse zu beschäftigen, ist die Diskussion doch jetzt erst in Fluß gekommen. Selbst der Artikel des Kol. Schilde in Nr. 25, insbesondere dessen Schlussbemerkung, keine Stropharbeit zu treiben, vermochte nicht, die Frage ernsthaft aufs Tapet zu bringen. Bis auf den Kollegen Haarer sind sämtliche Eingekandten in dieser Frage in zustimmendem Sinne ausgefallen, und auch bei H. liegt man heraus, daß er es begrüßen würde, wenn die Krankenkassen im Verbands zur Einführung käme. Es sind deshalb auch seine Einwände und Ausgleichsvorschläge so zaghaft, daß man sie nicht ernstlich zu berühren braucht.

So sehr ich nun auch die Einführung der Krankenkassen in unserem Verbands begrüße, so will ich doch rathen, ja recht vorsichtig zu sein. Um eine reale Grundlage für die Diskussion der Frage zu schaffen, möchte ich vorschlagen, den Vorstand aus seinem Bau zu

locken, denn die Ansicht des Kollegen **Wolff**, daß der Vorstand den Auftrag der Generalversammlung abzuwarten soll, ohne daß er zu der Frage Stellung nimmt, ist nicht; im Gegenteil: hat der Vorstand erkannt, daß eine Sache im Interesse des Verbandes liegt und durchführbar ist, so hat er die Pflicht, den Mitgliedern mit geeigneten Vorschlägen zu kommen. Bei der Arbeitslosenunterstützung wie bei der Krankenheilung hat sich auch gezeigt, daß der Vorstand weit brauchbarere Vorschläge auszuarbeiten in der Lage ist, als irgend ein Mitglied, denn er verfügt über ein weit übersichtlicheres und reicheres Material. Er kann uns zweckmäßige Vorschläge bringen über die Durchführbarkeit, Verwaltungskosten, Höhe der Beiträge, Unterstützung usw. Weil dem so ist, so braucht man noch lange nicht der Meinung zu huldigen, daß der Vorstand der Beihülfe der Mitglieder sein soll.

Der Artikel des Kollegen **Schilde** in Nr. 25 ist zweifellos im Einverständnis mit dem Vorstand veröffentlicht worden. Es geht daraus ziemlich klar hervor, daß der Vorstand der Krankenheilung in unserem Verband nicht unsympathisch gegenübersteht. Daß Schilde die Verschmelzung mit der Metallarbeiter-Krankenkasse in Hamburg ebenso wie **Reisinger** ablehnt, ist wohl verständlich; es ließe sich aber bei gutem Willen auch ein Weg finden, doch werden sich nach der Entwicklung der Krankenkasse sehr wenige Kollegen innerhalb des Verbandes finden, die dem das Wort reden wollen. Sehen wir uns doch die Mitglieder der Krankenkasse einmal an. Von der früheren Anschauung, daß jeder in die Krankenkasse eintretende Metallarbeiter auch gewerkschaftlich organisiert sein soll, ist heute nichts mehr vorhanden; die älteren Mitglieder der Kasse sind wohl alle einmal gewerkschaftlich organisiert gewesen, sie haben sich nun zum großen Teile streichen lassen und ihnen der Verband „nichts bietet“. Auch die Einführung der Arbeitslosenunterstützung konnte ihnen diese Ansicht nicht rauben. Und diese Kollegen für den Verband zu gewinnen und unsere Mitglieder der Kasse zuzuführen, damit dann die Verschmelzung ausgeführt werden könnte, das halte ich für ein undurchführbares und unbrauchbares Experiment, auf das wir wohl gern verzichten werden.

Wenn der Verband die Krankenkasse eingeführt haben wird, dann werden die Mitglieder der Kasse, wenn sie eben, daß ihnen bei niedrigen Beiträgen annähernd daselbe geboten wird, sehr bald den Verband finden, wenn sie überhaupt jemals für die Organisation zu erwärmen sind. Die Krankenheilung hilft aber für den Verband das Mittel sein, die Fluktuation fast aufzuheben, denn es ist tagtäglich zu beobachten, wie die Arbeiter darum besorgt sind, daß sie nicht in der Krankenkasse geirrt werden. Hierbei will ich die Kollegen ersuchen, der Anregung des Kollegen **W. R.** in Nr. 47 zu folgen und Anträge zur Generalversammlung zu stellen, daß eintretende Kollegen, die vorher wegen rückständigen Beiträgen geirrt worden sind, ein erhöhtes Eintrittsgeld zu zahlen haben.

Daß die Einführung der Krankenheilung im Verband nur eine Frage der Zeit sein kann, ist nach der Genehmigung der Arbeitslosenunterstützung für jeden Beobachter der Gewerkschaftsbewegung vollkommen klar.

Daß ich als ehemaliger Gegner der Arbeitslosenunterstützung für den weiteren Ausbau der Unterstützung im Verband eintrete, wird Manchen wundern; trotzdem ich von der Notwendigkeit der Einführung weiterer Unterstützungen überzeugt bin, so stimme ich auch heute noch nicht in den Freudensturm ein, daß uns die Arbeitslosenunterstützung nur Kämpfer gebracht hat. Auch bei der Krankenheilung werden wir mancherlei Kopfschmerzen spüren.

Bezüglich der Frage, ob fakultative oder obligatorische Einführung der Krankenheilung, so habe ich das Vertrauen zu unserer Generalversammlung, daß sie ihre Arbeit nicht halb machen wird; entweder gar nicht, oder für jedes Mitglied bindend. Die Erfahrung der Schuhmacher mit ihrer Krankenkasse spricht auch nur für die obligatorische Einführung.

Die Kollegen **Miemann** und **Vollhals** haben in dankenswerther Weise Zahlungsmaterial geliefert, ich bin aber der Meinung, daß damit wenig zu machen ist. Deshalb erjude ich den Vorstand, wenn er für die Krankenheilung eintreten will, eine Grundlage zu schaffen, auf der weiter gebaut werden kann. Nach zeitlicher Überlegung drängt sich mir auch die Ansicht auf, daß die Generalversammlung 1903 der rechte Termin sein wird für die Einführung der Krankenunterstützung und der damit verbundenen Beitragserhöhung, denn ich nehme an, daß die wirtschaftliche Lage sich langsam, zu bessern anfangen wird; möglicherweise könnten wir uns 1905 schon wieder am Anfang einer Krisis befinden.

Hannover-Enden.

G. König.

Einen unlegbar vortheilhaften Eindruck macht die Diskussion über die Frage der Einführung einer Krankenunterstützung auf Jeden, der sie mit Aufmerksamkeit verfolgt, im Gegensatz zu der seinerzeit beliebten Art bei Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Es wäre sehr zu wünschen, wenn dieses günstige Moment auch weiterhin abzuwarten würde. Die Entscheidung über diese Frage ist von ungeheurer Bedeutung für die Arbeiterklasse in sozialpolitischer Beziehung, so daß nur denkbar strengste Sachlichkeit zum Ziele führen kann.

Die Frage: Ist es für die Organisation von besonderem Wert, wenn Krankenunterstützung gezahlt wird? Ist nicht so ohne Weiteres zu bejahen oder zu verneinen. Ich sage, daß es nicht zu den Aufgaben der Gewerkschaften gehört, einen Teil der sozialpolitischen Gesetzgebung zu übernehmen, um ihn darauf einzuführen. Damit soll nicht gesagt sein, diese Sache läge außerhalb des Rahmens der Gewerkschaften. Im Gegenteil: die Gewerkschaften haben die Kultur Aufgabe zu vollbringen, den Ausbau der Arbeiterversicherungs-Gesetze zu fördern. Wie geschieht das nun am Besten? Mit dieser Frage hängt sehr eng zusammen die weitere: Woher rührt die riesige Unkenntnis bei einem sehr großen

Teil der Arbeiterklasse in Bezug auf die Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung? Ganz einfach daher, daß wir keine einheitliche Krankenversicherung haben. Das Haupthinderniß dabei sind die freien Hilfskassen, Fabrik- und Innungs-Krankenkassen. Der sehr große Teil der Arbeiterklasse, der in diesen Krankenkassen versichert ist, kümmert sich so herzlich wenig um die Bedeutung der obligatorischen Ortskrankenkassen, daß sich die Antwort auf die zuletzt gestellte Frage von selbst ergibt. Wer aber nun weiß, daß die Einführung auf die Ausbildung der ganzen sozialpolitischen Gesetzgebung in der Ortskrankenkasse beginnt und im Reichsversicherungsamt endigt, kann die Interesse- und Theilnahmslosigkeit gegenüber dieser Sache nur bedauern. Mit Einführung der obligatorischen Krankenversicherung hätten die freien Hilfskassen aufgehört. Ihre Aufgabe erfüllt, sie waren dadurch überflüssig. Ich würde es keinen Augenblick bedauern, wenn durch Gesetz alle Krankenkassen dieser Art aufgelöst und deren Mitglieder den Ortskrankenkassen zugewiesen würden. Bei dieser Art der Krankenversicherung, wie wir sie jetzt haben, ist keine Klasse in der Lage, den Arbeitern ausreichende Unterstützung in Krankheitsfällen zu gewähren.

Wenn wir unsere sozialpolitische Gesetzgebung als nicht ausreichend kritisieren wollen, so dürfen wir auch nichts thun, was den Ausbau derselben verhindert oder wenigstens verlangsamt. Daher halte ich es im Interesse der Arbeiter liegend, wenn die Gewerkschaften alle Krankenversicherungen, außer der obligatorischen, bekämpfen würden. Dem Ansturm aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter würden sie nicht lange Stand halten können. Als ein solches Kampfmittel betrachte ich unter anderen auch die Einführung einer Krankenunterstützung in den Gewerkschaften bei einer mäßigen Erhöhung der Beiträge und dementsprechender Unterstützung bei der gleichen Zeitsdauer wie sie in den Ortskrankenkassen besteht, und zwar für alle Mitglieder, ohne vorherige ärztliche Untersuchung. Die freien Hilfskassen haben einen Zug der Brutalität an sich, indem sie nur gesunde Mitglieder aufnehmen und den Ortskrankenkassen die Zurückgewiesenen zuschieben, wodurch herbeigeführt wird, daß der eine Teil der Arbeiter in der Krankenversicherung zu Gunsten des anderen belastet wird. Dieses käme sofort in Fortfall, wenn alle versicherungspflichtigen Arbeiter in den Ortskrankenkassen versichert wären. Die ganze Kranken-, Unfall-, Alters- und Invalidenversicherung bekäme ein anderes Gesicht, wenn sich das Interesse der gesamten Arbeiterklasse auf sie richtete, und es müßte mit dem Laufel zugehen, wenn mit dem wachsenden Werkstand nicht auch eine durchgreifende Veränderung eintreten sollte. Der Einwurf, daß die Mitglieder jener Klassen bei ihrer Auflösung geschädigt würden, kommt gar nicht in Betracht, wenn dabei entzogen wird, daß die Gesamtheit der Arbeiter unberechenbaren Nutzen davon haben wird, denn in dieser Gesamtheit sind die Mitglieder der freien Hilfskassen ja mit enthalten.

Cöthen i. N.

A. G.

Berlin. In der am 26. Oktober im Gewerkschaftshaus abgehaltenen Versammlung der 4.—11. Wahlabteilung der Allg. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter hielt Kollege **Wuschik** einen Vortrag über die Notwendigkeit, im Deutschen Metallarbeiter-Verband die Krankenunterstützung einzuführen. Der Referent führte in seinem 1½ stündigen Vortrag aus, daß die Erörterung der Frage, ob es notwendig ist, die Krankenunterstützung im D. M. A. V. einzuführen, nicht erst neueren Datums ist, sondern schon in früheren Jahren oft diskutiert wurde; er verwies besonders auf die im Jahre 1869 gegründete internationale Gewerkschaftsgenossenschaft der Metallarbeiter. **Redner** erläuterte sodann die Entstehung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der Krankenkasse der Metallarbeiter. Schon in früheren Jahren wurden in einzelnen Orten Klassen gegründet, um die Arbeiter in Krankheitsfällen zu unterstützen, die Mitglieder verloren aber, sobald sie den Ort verließen, ihre Anrechte auf die Kasse. Um diesem Uebelstand abzuwehren, gründete man Zentralkassen, so auch die Metallarbeiter-Krankenkasse. **Redner** zog sodann einen Vergleich zwischen den Ortskassen und den freien Hilfskassen; er bedauerte hierbei, daß man den Ortskassen in sehr vielen Fällen nicht immer das genügende Interesse entgegenbringt, um dieselben so auszubauen, wie man es im Allgemeinen erwarten müßte. Es könne konstatiert werden, daß viele der tüchtigsten Kollegen durch ihre Thätigkeit in den Hilfskassen der Mitarbeit auf diesem Gebiet entzogen werden. Bei diesen Kollegen ist nun, da in den meisten Fällen die Leistungen der Ortskassen nicht den heutigen Bedürfnissen entsprechen, das Bestreben vorhanden, sich einer Hilfskasse, hier der Metallarbeiterkasse, anzuschließen. Es wird dies aber nach den heutigen in der Metallarbeiterkasse bestehenden statutarischen Bestimmungen außerordentlich erschwert, ja für Manchen unmöglich gemacht. Vor allen Dingen ist es die Herabsetzung der Altersgrenze von 45 auf 40 Jahre, sodann die ärztliche Untersuchung des Neueintretenden, die oft nicht sehr eingehend vorgenommen wird und dadurch zur späteren Zurückweisung vieler Kollegen führt. Die Bestimmungen des § 7 Abs. 9, daß derjenige, der außer einer Zwangsversicherung noch einer anderen Klasse angehört, nur Mitglied der 4. Klasse sein kann, bezeichnet **Redner** als geradezu reaktionär. Aus alledem geht hervor, daß die idealen Gründe, die einst zur Gründung der Kasse geführt haben, heute längst in Vergessenheit geraten sind und dieselbe durchaus nicht mehr den sozialen Anforderungen, die an sie gestellt werden dürfen, genügt. Alles dies hat dazu geführt, daß heute die Frage, ob es notwendig ist, die Krankenunterstützung im Verband einzuführen, mehr denn je verurteilt wird. **Redner** schildert sodann eingehend den Ausbau des Unterstützungswezens im Deutschen Metallarbeiter-Verband und folgert daraus, daß die Einführung der Krankenunterstützung für die Organisation mit dem Vortheil sein kann. Die Verhütung, die die Gegner der Arbeitslosenunterstützung seiner Zeit gebt haben, daß der Verband den Charakter als Kampfs-

organisation verlieren würde, ist durchaus nicht eingetroffen, es würde dies ebensowenig bei der Einführung der Krankenunterstützung der Fall sein, die Organisation würde vielmehr noch bedeutend an Mitgliedern gewinnen und dadurch aktionsfähiger werden. **Redner** spricht zum Schluß noch den Wunsch aus, daß man sich in der Diskussion über diese Frage nicht von der Auffassung leiten lassen soll, daß die Befürworter der Einführung der Krankenunterstützung im Verband die schon bestehende Metallarbeiterkasse schädigen wollen, sondern daß sie hier bei von dem gemeinsamen Wunsch geleitet werden, die Lage der Metallarbeiter immer mehr zu heben und zu bessern.

An den Vortrag knüpfte sich eine sehr lebhaft diskutierte Diskussion, in der im Allgemeinen der Standpunkt vertreten wurde, daß die Einführung der Krankenunterstützung dem Verband eher schadet als nützt; gewinnen würde man aus diesem Grunde nur diejenigen, die sonst für nichts zu haben sind. Es wurde auch darauf hingewiesen, daß selbst durch die Einführung der Arbeitslosenunterstützung die von den Befürwortern derselben gehegte Hoffnung, der Fluktuation abzuwehren, nicht in der Weise in Erfüllung gegangen ist, wie es erwartet wurde. Ebenso räume man sich in den Erwartungen über die Krankenunterstützung. Auch die Meinung des Referenten über die größere Aktionsfähigkeit wurde nicht geteilt, vielmehr glaubte man, daß eher mit einer neuen Zersplitterung im Verband zu rechnen ist. Des Weiteren wurde ausgeführt, daß trotz der rigorosen Bestimmungen die Metallarbeiterkasse in den letzten zwei Jahren mit einem beträchtlichen Defizit abgeschlossen habe. Die Gründer der Kasse huldigten sich noch derselben idealen Anschauungen wie früher, leider habe es ein großer Teil der Mitglieder dahin gebracht, daß von Idealismus nicht mehr die Rede sein kann.

Der Referent ging in seinem Schlußwort noch einmal auf die in der Diskussion geäußerten Bedenken ein, hoffte aber, daß durch die in der Versammlung angeschnittene Diskussion eine Klärung der Frage stattfinden wird. Eine Resolution, die sich gegen die Einführung der Krankenunterstützung im Verband aussprach, wurde einstimmig angenommen, ebenso wurde beschlossen, daß, wenn die gedruckten Anträge für die Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes vorliegen, in jeder Filiale Besammlungen stattfinden sollen, die sich dann mit der Frage zu beschäftigen haben und definitiv Stellung nehmen sollen.

Mittheilungen aus der Metallindustrie.

Ans Südbadland schreibt man der **Ziff.** 314. als Beitrag zum Kartellwesen: Am 1. April ds. Js. wurde der Verband deutscher Feder-Stahlwerke gegründet und der Verkauf der Erzeugnisse der Walzwerke von **Hohenlimburg** und **Umgebung der Berg-Märk. Kant. Hagen, Hagen i. B.,** übertragen, die eine besondere Geschäftsstelle zu diesem Zweck errichtete. Alle Fabrikanten, die den Federstahl verarbeiten, müssen sich an diese Wand wenden und sich ihren Bedingungen fügen. Sämtliche deutsche Feder-Stahlwerke sind diesem Verband beigetreten. Die Zahlungen müssen in der bei den Banken üblichen Weise erfolgen, d. h. es tritt sofort Zinsberechnung ein, wenn nicht genau in der vorgeschriebenen Zeit (14 Tage nach Lieferung) reguliert wird. Vor dem 1. April 1902 bezogen wir nun einen Waggon (200 Zentner) Federstahl, der 4002 Mk. kostete. Nach dem 1. April ds. Js. — also nach Abschluß der Konvention — bezogen wir wiederum einen Waggon, der uns auf 5580 Mk. zu stehen kam; das ist eine Preisdifferenz (Mehrerwerb) zu Gunsten des Verbandes von 1536 Mk. an einem einzigen Waggon! Diese ganz erhebliche Mehrforderung von 40 Prozent muß offensichtlich festgesetzt werden. Diese Preissteigerung ist im Interesse der Allgemeinheit schädlich, da dieser Stahl für Artikel verwendet wird, die exportiert werden. Natürlicherweise leidet unser Export Schaden. In **England** sind schon einige Fabrikanten zur Selbstherstellung von Federn geschritten; sie haben Maschinen aufgestellt, die nach deutschem System und in deutschen Fabriken angefertigt werden. Entlassungen von Arbeitern usw. wird die Folge sein, abgesehen davon, daß eine ganze Industrie zu Grunde geht.

Ein syndikalistisches **Thomas-Stahlwerk** soll in **Strasburg i. E.** errichtet werden. Die Anlage soll etwa 8 Millionen Mark kosten. Der **Strasburger Rheinthal** sei für die Errichtung eines solchen Werkes besonders geeignet als Knotenpunkt, an dem in Folge günstiger Verkehrsverhältnisse drei Kohlengebiete in Wettbewerb treten und Kohle und Roheisen von der Ruhr auf dem Rhein und von der Saar und aus Belgien durch die Kanäle dahin gelangen. Auch der Weg von **Reichen** stelle sich jetzt schon billig, später noch billiger, nachdem das lothringisch-luxemburgische Eisengebiet an das schiffbare Kanalnetz angeschlossen sei. Der Verband der Erzeugnisse könne an Hand billigerer Thalfrachten vortheilhaft erfolgen. Die Errichtung des Stahlwerkes werde unter den gegenwärtigen Verhältnissen kaum ein Jahr in Anspruch nehmen. Ein tüchtiger Sachmann treibe bereits zu Diensten.

Ein **Hochofen mit Walzwerk** errichten will der Bergwerksdirektor **Geller v. Nühlmetter** im **Sichtelgebirge**. Er erwirbt sämtliche Erzengruben, im Bayern gelegen, des Bergwerksbesitzers **Canale**. Herr v. Nühlmetter dürften die niedrigen Arbeitslöhne im **Sichtelgebirge** gereizt haben.

Wirkungen der Kartelle. Wie die **„Allg. Volkswirt.“** mittheilt, gehen die großen gemischten Werke (Hochöfen und Stahlwerke) immer mehr dazu über, die eigenen Hochöfen selbst weiter zu verarbeiten. So ist z. B. bei den **Differdingen** Werken eine neue Drahtstrafe für eine tägliche Erzeugung von 200.000 Kilo Walzdraht im Bau begriffen; ferner hat die Firma **de Wendel u. Cie.** eine eben so leistungsfähige Drahtstrafe in Bestellung gegeben, und steht die Firma **Roehling** im Begriff, dasselbe zu thun. Diese Entwicklung ist unbedingt durch die Kart-

alle, deren Wirksamkeit den Werken die Weiterverarbeitung ihres Materials angezeigt erscheinen läßt. Die Tendenz zum Großbetrieb wird durch die Kartellierung jedenfalls nicht gehemmt. Die reinen Walzwerke tragen sich ihrerseits mit dem Gedanken, ein vom Kartell unabhängiges Stahlwerk zu errichten, um der Konkurrenz der gemischten Werke besser widerstehen zu können.

Die Krise in der englischen Maschinenindustrie ist noch immer im Aufsteigen begriffen. Dies geht insbesondere aus der Zahl der Arbeitslosen hervor, welche von den Gewerkschaften zu unterstützen sind. So hatte die Vereinigte Gesellschaft der Maschinenbauer zu unterstützen:

im Monat	Arbeitslose	
	1901	1902
Januar	2187	3445
Februar	2190	3368
März	2104	3532
April	2063	3403
Mai	2000	3563
Juni	2252	3907
Juli	2069	3452
August	2444	3501
September	2509	3925

Im Oktober stieg die Zahl der Arbeitslosen bereits auf 4147. Die Mitgliederzahl betrug Ende Januar 1901 87,688, Januar 1902 90,873, Oktober dieses Jahres 92,650.

Ebelmetall-Produktion der Welt. Nach dem vom amerikanischen Münzdirektor George Roberts veröffentlichten Bericht belief sich die Produktion der Welt an Gold im Jahre 1901 auf 12,740,746 Unzen sein im Werte von 288,37 Millionen Dollars (zirka 1106 Millionen Mark), die Silberproduktion auf 174,998,573 Unzen sein im Handelswert von 104,99 Millionen Dollars (zirka 441 Millionen Mark). An der Spitze der goldproduzierenden Länder standen die Vereinigten Staaten mit einer Gewinnung von 78,666,700 Dollars; es folgten Australien mit 76,860,200 Dollars, Canada mit 24,128,500 Dollars, Rußland 22,850,900 Dollars, Mexiko 10,284,800 Dollars, Britisch Indien 9,395,900 Dollars, China 9,092,500 Dollars, Südafrika 9,089,500 Dollars. An Silber produzierenden Staaten 7,829,500 Dollars, Bolivia 6,152,600 Dollars, Chile 5,553,100 Dollars, Peru 3,360,500 Dollars, Deutschland 3,313,000 Dollars.

Aus den Agitationsbezirken.

II. Städt.

Adressenveränderung. Vom 1. Dezember 1902 ab befindet sich meine Wohnung nicht mehr Wienstraße 60, sondern **Silberbrandt-Straße 22, I.**

Alle Briefe, Karten, Drucksachen, Pakete u. s. w., welche auf die Agitation und auf meine sonstige Tätigkeit als Bezirksleiter Bezug haben, ebenso alle Geldsendungen sind von diesem Zeitpunkt ab dahin zu senden. Telegramm-Adresse: Schlegel, Breslau, Silberbrandt-Straße 22. **Friedr. Schlegel.**

Korrespondenzen.

Feilenhauer.

Breslau. Der Zustand der Feilenhauer und Schleifer bei Wilkens dauert fort. Es sind von Seiten des Metallarbeiterverbandes zwei Besuche unternommen worden, eine Einigung zu erzielen, aber stets vergebens. Herr W. erklärte: „Ja, einigen will ich mich wohl, aber die Leute müssen zu dem von mir festgesetzten Preis arbeiten.“ Das bedeutet eine Herabsetzung um 23 Proz. der früher gezahlten Preise. Vielleicht hofft Herr W., der bevorstehende Winter werde ihm ein Bundesgenosse zur Erreichung seiner Wünsche sein. Das soll uns aber nicht berühren. Die Feilenarbeiter von Breslau werden alles Mögliche tun, um den Sieg zu dem ihrigen zu machen, da es ein Unbilden ist, mit einem Einkommen von 14—15 Mk. auszukommen. Die Werbetrommel, die Herr W. in Obereschlössen gerührt hat, ist wahrscheinlich überhört worden, denn die dortigen Arbeiter wissen, daß es hier in Breslau noch schlechter ist. Arbeitswillige haben sich zwei gefunden, die wir auch nicht abhalten wollen von der Arbeit, da wir genau wissen, daß sie Herrn W. mehr Schaden als Nutzen bringen. Wir ersuchen, den Zugang streng nach hier fern zu halten, da der Kampf nachschleudern ein langer werden wird. Bezeugt sind vorläufig 9 Feilenarbeiter mit 33 Kindern. Sämtliche Arbeiter sind organisiert.

Fürstentum. In der Feilenhauerri Ww. Weiskopf sind traurige Verhältnisse eingetreten, verursacht durch den Bestmänner Fiebiger. Die Löhne sind aufs Aeußerste gedrückt. Die Weiskopf sind in einer unglücklichen Verfassung und mit den Hämmerern sieht es auch traurig aus. Um nun die Gefellen abzuschießen, werden Hammermaschinen angekauft. Wir fordern die Kollegen auf, hauptsächlich die verheirateten, Fürstentum zu meiden.

Formier.

Solingen. Der heranrückende Winter fördert der Firma Bock (Fabrik Stöcker), Temperiererei hier, willkommen zu sein, um eine Probe aufs Exempel vorzunehmen, inwiefern sie den Formierern und Siegerei-arbeitern den Bruttohöher zu bringen vermag. Anfangs November sollte billiger gearbeitet werden. Da Niemand darauf einging, wurde jämmerlichen Lenten, ob organisiert oder nicht, gekündigt. Zwei eifrige Male hätten wir hier in Solingen bald eine ins Gewicht fallende Aussperrung zu bezeichnen gehabt. Zur angekündigten Aussperrung gestellte sich die weitere Mitteilung, daß Herr Stöcker kassiert, den Betrieb still zu legen. Da

sich davon Niemand täuschen ließ, sondern alle Gegenmaßregeln ergriffen wurden, wurde zuerst die Kündigung der übrigen Arbeiter zurückgezogen, und als die 14 Tage Kündigungszeit ziemlich abgelaufen waren, auch die der Formier, nachdem eine vorzüglich gewachene Kommission eine solche Einigung erzielt hatte, durch welche kein Teil sich etwas vergab. Die Lohnverhältnisse blieben die alten. Wie es jedoch Herr Stöcker in Wirklichkeit vorhat, erfahren wir einige Tage nach dem Friedensschluß. Was Stöcker nicht direkt durchzusetzen vermochte, das wird jetzt durch Umgehungen versucht. Es werden die Formier gegen die Kommission gehetzt, indem man sagt, diese hätten niedrigere Preise festgesetzt, als bisher bestanden und mehr solche schöne Dinge. Da sich nun trotzdem der Herzenswunsch Stöckers nicht erfüllte, die Formier auf ihre Kommission nichts kommen ließen, wurden zwei Mann gekündigt. Ein Dritter erhielt die Kündigung später. Das Merkwürdige an der letzten Kündigung ist, daß sie schon zwei Tage vorher dargelegt hat und auch das entsprechende Datum trägt. Jedenfalls wird Herr Stöcker versuchen, weiter die Einigkeit der Kollegen zu untergraben. Wie weit ihm das jedoch möglich sein wird, hängt nicht mehr von ihm ab, da die Kollegen seine Manipulationen genugsam kennen gelernt haben. An die Kollegen allerorts richten wir das dringende Ersuchen, etwaige Temperiererei-Gesuche nach Solingen uns sofort mitzuteilen und den Zugang fern zu halten. Es sind hier genug Kollegen, die zu arbeiten gewillt sind, wenn man sie nur einigermaßen anständig behandelt, so daß die Forderung des Herrn Stöcker höchst überflüssig sind. Wahrheitsgemäß machen wir die Kollegen darauf aufmerksam, daß die Einrichtungen bei der Firma viel zu wünschen übrig lassen, daß Jeder sich selbst schmelzen muß, daß nur ein Vertrauensverhältnis mit dem ganzen Betrieb es ermöglicht, noch etwas zu verdienen. Wir werden den Kampf nicht herausbeschnören, aber wenn Stöcker so weiter fortfährt, die Leute hinaus zu mahrgeln, kann es unsere Aufgabe nicht sein, ihm den Ertrag leicht zu machen. Auch den Grau-Gußformern diene zur Notiz, sich unter keinen Umständen nach hier verlocken zu lassen, da sie nur traurige Erfahrungen machen würden.

Metallarbeiter.

Lauenburg a. E. In der Mitglieder-Versammlung am 9. November wurde vom Vorsitzenden auf den Vortrag des Kollegen E. Niemann-Chemnitz über die Einführung der Krankenversicherung verwiesen. In der darauf folgenden Diskussion wurde von allen Rednern betont, daß es wohl in Anbetracht des niedrigen Krankengeldes, das die meisten Ortskrankenkassen zahlen, angebracht wäre, wenn der Verband eine Krankenunterstützung einführe. Auch war die Versammlung der Meinung, daß die nächste Generalversammlung sich mit dieser Frage beschäftigen müsse. — Unter Verschiedenem wurde über die Agitation des Schmiedeverbandes lebhaft Klage geführt, weil mehrere Mitglieder des genannten Verbandes langjährige Mitglieder des Metallarbeiterverbandes zum Uebertritt zum Zentralverband der Schmiede zu bewegen suchten. Da sie keine Vorteile ihres Verbandes ins Feld führen konnten, die der Metallarbeiterverband nicht schon lange hat, war ihre Mühe vergeblich, doch konnten sie nicht weichen, zu versuchen, Unerkennung unter unsere Mitglieder zu bringen, indem sie in allen Lokalen auf den Vorsitzenden des Metallarbeiterverbandes, den Kollegen Koweder, schimpften. Sie behaupten, dieser Kollege eigne sich zu dem Posten absolut nicht, weil er als Berufsführer in einem Betriebe tätig ist und daher mit den Arbeitgebern halten müsse. Wir möchten den Herren den Rath geben, bei denjenigen Schmieden ihre Ueberredungskünfte in Anwendung zu bringen, die einer Organisation noch fern stehen.

Rundschau.

In der Verdringung Krupps, die unter großem Pomp stattfand, nahm auch der deutsche Kaiser Theil. Vor seiner Abreise aus Essen versammelte Wilhelm II. die Mitglieder des Direktoriums und die Vertreter der Arbeiter der Krupp'schen Werke im Wartsaal des Bahnhofes und hielt folgende Ansprache:

„Es ist mir ein Bedürfnis, Ihnen auszusprechen, wie tief ich in meinem Herzen durch den Tod des Verewigten ergriffen bin. Dieselbe Trauer läßt Ihre Majestät die Kaiserin Ihnen ansprechen und hat sie bereits schriftlich der Frau Krupp zum Ausdruck gebracht. Ich habe häufig mit Meiner Gemahlin die Gastfreundschaft des Krupp'schen Hauses genossen und den Zauber der Lebenswürdigkeit des Verstorbenen auf mich wirken lassen. Im Laufe der Jahre gestalteten sich unsere Beziehungen so, daß ich Sie als Freund des Verewigten und seines Hauses bezeichnen darf. Aus diesem Grunde wollte ich es mir nicht verjagen, zu den heutigen Trauerfeierlichkeiten zu erscheinen, indem ich es für Meine Pflicht gehalten habe, der Wittve und den Töchtern Meines Freundes zur Seite zu stehen. Die besonderen Umstände, welche das traurige Ereignis begleiteten, sind mir zugleich eine Veranlassung gewesen, mich als Oberhaupt des deutschen Reiches hier einzufinden, um den Schluß des deutschen Reiches über dem Hause und dem Andenken des Verstorbenen zu halten. Wer den Heimgegangenen näher gekannt hatte, wußte, mit welcher feingebigen, empfindsamen Natur er begabt war, und daß diese einen einzigen Angriffspunkt bieten konnte, um ihn tödlich zu treffen. Er ist das Opfer einer unantastbaren Integrität geworden. Eine That ist in deutschen Landen geschehen, so niederrüchrig und gemein, daß sie Aller Herzen erbeben machte und jedem deutschen Patrioten die Schamröthe auf die Wangen treiben mußte über die unserem ganzen Volke angethane Schmach. Einem kerndeutschen Manne, der stets nur für Andere gelebt hat, der stets nur das Wohl des Vaterlandes, vor Allem aber das seiner Arbeiter im Auge gehabt hat, hat man an seine Ehre gegriffen. Diese That mit ihren Folgen ist weiter nichts als ein Mord; denn es besteht kein Unterschied zwischen Demjenigen, der einem Anderen den Giltstank mißt und kredenzet und Demjenigen, der aus dem

sicheren Versteck eines Redaktionsbureaus mit dem vergifteten Pfeilen seiner Verleumdungen einen Mitmenschen um seinen ehelichen Namen bringt und durch die hierdurch hervorgerufenen Seelenqualen tödtet. Wer war es, der diese Schandthat an unserem Freunde beging: Männer, die bisher als Deutsche gegolten haben, jetzt aber dieses Namens unwürdig sind, hervorgegangen aus der Klasse der deutschen Arbeiterbevölkerung, die Krupp so unendlich viel zu verdanken hat und von der Tausende in den Straßen Essens heute mit thränenfeuchtem Blicke dem Sarge ihres Wohlthäters ein letztes Lebewohl zuzinken. (Zu den Vertretern der Arbeiter gewendet): Ihr Krupp'schen Arbeiter habt immer treu zu Eurem Arbeitgeber gehalten und an ihm gehangen. Die Dankbarkeit ist in Euren Herzen nicht erloschen; mit Stolz habe ich im Auslande überall durch Eurer Hände Wert den Namen unseres deutschen Vaterlandes beherrsicht gesehen. Männer, die die Führer der deutschen Arbeiter sein wollen, raubten Euch Euren theuren Herrn. An Euch ist es, die Ihre Eures Herrn zu schimen und zu wahren, sein Andenken vor Verunglimpfungen zu schützen. Ich vertraue darauf, daß Ihr den rechten Weg finden werdet, der deutschen Arbeiterschaft fühlbar und klar zu machen, daß weiterhin eine Gemeinschaft oder Beziehungen zu den Urhebern der schändlichen That für brave und ehrliebende deutsche Arbeiter, deren Ehrenschild besetzt, ausgeschlossen sind. Wer nicht das Licht zwischen sich und diesen Leuten zer schneiden, legt moralisch gewissermaßen die Mitschuld auf sein Haupt. Ich hege das Vertrauen zu den deutschen Arbeitern, daß sie sich der vollen Schwere des Augenblicks bewußt sind, als deutsche Männer die Lösung der schweren Frage zu finden.“

Wir sind der festen Ueberzeugung, daß diese kaiserliche Rede ebenso wenig die gewünschte Wirkung auf die deutsche Arbeiterschaft haben wird, wie die früheren. Im Gegentheil hoffen wir, daß selbst die Krupp'schen Arbeiter allmählich zum Bewußtsein ihres Klasseninteresses sich durchringen werden.

Er geht Herr Kleebinder, der Chefredakteur der „Deutschen Arbeiter-Zeitung“, heimt seinen Gründergegnern ein, er hat seinen Geschäftsantheil an diesem Blatte verkauft und will in Zukunft nur noch für die Interessen der Holzindustriellen wirken.

Ultramontane Arbeiterfreundschaft. Die größten Arbeiter„freunde“ vor dem Herrn sind, wenn man sie reden hört, die Anhänger des Zentrums. Die Thaten dieser zweifellos recht frommen Leuten reden aber sehr oft eine andere Sprache. So wird der Rhein. Btg. aus Düren geschrieben:

Wenn man hier die älteren Buchdrucker auffordert, dem Verbands beizutreten, so erhält man die Antwort: „Wir han dat net müdig.“ Durch das folgende Inserat, das sich in der Dür. Zeitung findet, dürfte doch Wandel in dieser Ueberzeugung wandend werden. Das Inserat das in der Stadt lebhaft besprochen wird, lautet:

„Nach fast neunundzwanzigjähriger ununterbrochener Thätigkeit bin ich aus dem Geschäft der Aktiengesellschaft für Zeitungserlag und Druckerei Katholisches Volksblatt entlassen und zwar wegen der geschäftlichen Lage, da ganz junge Leute eingestellt sind. Freunde und Bekannte, sowie edelberende Bürger ersuche freundlichst um gütige Beihilfe zur Erlangung einer geeigneten Stelle, für Kontor, Lager, oder auch einer Vertrauensposten. Ration kann gestellt werden. Schöne, deutliche Handschrift vorhanden. Gute Zeugnisse zu Diensten. Georg Cronenberg, Düren, Steinweg 14.“

In seiner Erbitterung über die Behandlung, die ihm bei dem Zentrumsblatt nach 29-jährigen Diensten zu Theil wurde, hat Herr Cronenberg die Besitz des katholischen Volksblattes dem Urtheil der Öffentlichkeit übergeben. Solche Fälle ultramontaner Arbeiterfreundschaft werden von Zeit zu Zeit immer wieder bekannt. Das hindert die Zentrumspresse nicht, sich und ihre Partei als die einzigen und wahren Arbeiterfreunde aufzuspielen.

Zur Lage des Arbeitsmarktes. Aus Tullingen wird gemeldet, daß die Aktiengesellschaft für Feinmechanik für den größten Theil des Betriebes in Folge Arbeitsmangels die Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden reduziert hat.

Gegen die Arbeitslosigkeit. Die „Berliner Korresp.“ und der „Reichs-Anzeiger“ veröffentlichten Folgendes: „Auf die vom Reichstage zu dem Gelehrtenkongress betreffend die Festhaltung des Reichshaushalts-Etats auf 1902 gefaßte Resolution über die gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit zu treffenden Versicherungs-Einrichtungen hat der Bundesrath beschlossen:

den Reichskanzler zu ersuchen, durch das kaiserliche Statistische Amt feststellen zu lassen, welche Einrichtungen bezüglich der Versicherung gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit bisher getroffen und welche Ergebnisse dadurch erzielt worden sind, hierdurch aber diese Resolution für erledigt zu erklären.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers Graf von Posadowsky hat infolge dessen das kaiserliche Statistische Amt beauftragt, das zur Ausführung des Beschlusses Erforderliche zu veranlassen. Dabei ist bemerkt worden, es sei davon auszugehen, daß zu den Einrichtungen, welche die Voraussetzung einer Versicherung gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit bilden, insbesondere auch die gemeinsamen Arbeitsnachweise öffentlicher und privater Verbände zu rechnen sind. Demnach werden die Erfahrungen die gegenwärtige Lage der organisierten Arbeitsvermittlung innerhalb des Deutschen Reichs zu umfassen haben.

Was die Einrichtungen zur Versicherung gegen Arbeitslosigkeit im engeren Sinne betrifft, so werden auch die im Auslande getroffenen Maßnahmen insoweit zu berücksichtigen sein, als sie aus der Litteratur bekannt sind und für die inländischen Verhältnisse besonderes Interesse bieten.“

Der Beschluß des Bundesraths ist schon vor einigen Wochen gefaßt worden. Ob die bereits an die Gewerkschaften etc. gerichtete Anfrage des kaiserl. Statistischen Amtes mit der hier bezeichneten Angelegenheit zusammenhängt, ist nicht ersichtlich.

Gegen das Submissionswesen vorzugehen, haben sich vor einiger Zeit 16 Arbeitgeberverbände Berlins entschlossen. Sie haben eine Kommission eingesezt, die nach der „Deutschen Arbeitgeber-Ztg.“ zu folgendem Ergebnis gelangt ist: „Das bestehende Submissionswesen“, erklärt die Kommission unter Anderem, „ist der schlimmste Feind jeder soliden Arbeit. Bei den meisten öffentlichen und beschränkten Submissionen werden Angebote abgegeben, die auf den ersten Blick erkennen lassen, daß der Mindestfordernde sich durchaus verrechnet hat, oder darauf ausgeht, unter Umgehung der Bedingungen minderwertige Arbeit zu liefern. . . . Bekommt ein Submittent, der augenscheinlich zu niedriger Preise abgegeben hat, die Arbeit, dann kann er, will er seine Verpflichtungen voll und ganz erfüllen, nichts verdienen. Es ist nicht anzunehmen, daß in einem solchen Falle wirklich gute Arbeit geliefert wird, im Gegenteil, es wird dann in allen Ecken gespart, um zu retten, was zu retten ist. Liefert die Firma trotzdem gute Arbeit, dann muß sie bei häufiger Wiederholung zu Grunde gehen. Die Behörden sollten Alles daran setzen, eine einwandfreie, absolut erstklassige Arbeit zu erhalten, um das Gewerbe zu heben. Das Submissionswesen in seiner heutigen Gestalt hat aber gerade das Entgegengesetzte im Gefolge. Die Behörden bekommen sehr oft recht minderwertige Arbeiten, und andererseits wird das gesamte Gewerbe geschädigt, wenn die Preisdrückerei, wie sie bei den Submissionen stattfindet, von den Behörden gutgeheißen wird.“ Die Arbeitgeberverbände geben also zu, daß meist minderwertiges Material bei Submissionsarbeiten verwendet wird, was auch nicht auffallend ist, da stets die billigsten Firmen die Arbeiten übertragen bekommen. Gegen die Submissionsarbeiten sprechen aber noch gewichtigere Gründe, von denen die Kommission der Berliner Arbeitgeberverbände nichts sagt. Das Leben der Arbeiter ist bekanntlich am meisten gefährdet bei Submissionsarbeiten und eben ein Arbeitgeber, der Submissionsarbeiten billig übernommen hat, am Profit etwas einbüßt, wird versucht, durch miserable Arbeitslöhne den üblichen Mehrerwerb herauszuschinden. So bildet das Submissionswesen eine ständige Gefahr für die Arbeiter, die Gemeinde und den Staat, dessen Befreiung eine Nothwendigkeit ist.

Von dem gewöhnlichen Streikbrotteriang ist die wohlthätige ein Opferndes der Charlottenburger Centralheizungs-Gesellschaft ab. Die Heizungsmonitore dieser Gesellschaft befinden sich im Ausstand, letztere verschmäht es aber, die Bewerber um die vakanten Stellen im Inland über die bei ihr bestehenden Verhältnisse zu lassen. Einem hiesigen Bewerber ging ein längeres Schreiben der Gesellschaft zu, worin es u. A. heißt:

„Wir machen Sie aber darauf aufmerksam, daß sich die Heizungsmonitore und Helfer hier augenscheinlich im Ausstand befinden, weil sie durch die Wasserrohrleger und Metallarbeiter veranlaßt worden sind, mit ihnen gemeinsame Sache zu machen. Der Gegenstand des Streiks ist hauptsächlich Abschaffung der Akkordarbeit, worauf wir nicht eingehen wollen.“

Würde dieses anständige Verfahren von allen Unternehmern nachgeahmt, so würde mancher Arbeiter davor bewahrt bleiben, unter Anwendung vielleicht der letzten Geldmittel in Streikorte gelockt und vor die Alternative gestellt zu werden, entweder gegen die eigene Ueberzeugung den streikenden Kollegen in den Rücken zu fallen oder unter den schwierigsten Verhältnissen die Rückreise anzutreten. Leider werden sich aber nur selten Unternehmer finden, die das obige Beispiel nachahmen.

Eine Krankenkassen-Statistik soll nach den „Berliner Polit. Nachr.“ demnächst ausgenommen werden. Zu diesem Zweck soll im nächstjährigen Etat des Reichsammtes des Innern ein größerer Betrag für die Bearbeitung des statistischen Materials der Krankenkassen ausgeworfen werden.

Schweden. Hier haben im Oktober lebhaft, zum Theil recht scharfe Debatten bezüglich einer Neutralisierung der schwedischen Gewerkschaften begonnen. Die schwedischen Gewerkschaften sind bisher die Träger der sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Die Zweigvereine, Zahlstellen (Abtheilungen) schließen sich als solche durch die örtliche Arbeiterkommune der Sozialdemokratischen Partei an, und zwar als Mitgliedsgast. Die im Jahre 1898 ins Leben gerufene Landesorganisation der schwedischen Gewerkschaften hatte Anfangs in ihren Satzungen einen Paragraphen, der sämtliche „sich denkwürdigen anschließenden Gewerkschaften verpflichtete, sich binnen drei Jahren der sozialdemokratischen Arbeiterpartei anzuschließen. Die Folge dieses Beschlusses war ein heftiger Angriff seitens der gesamten bürgerlichen Presse und die „Liberale“ gingen sofort aus Gründen einer Zerstückelungsorganisation „Der schwedische Arbeiterverband“. Wenn auch diese Zerstückelungsmaßnahme bei der erfreulichen Entwicklung der schwedischen Gewerkschaften bisher nicht allzu große Erfolge in ihrem fluchtartigen Treiben, die Kräfte der Arbeiter zu zerstückeln, hatte, so ist es ihr doch auch gelungen, hier und dort festen Fuß zu fassen, hierdurch einzelne planmäßige Aktionen der Arbeiter schwer bewerkstellend. So sah sich schon der Kongreß der Landesorganisation im Jahre 1900 gezwungen, den Zwangsparagraphen aufzuheben und durch eine Resolution nur die moralische Verpflichtung der Gewerkschaften, der Arbeiterpartei anzugehören, zu betonen.

Die Stellung des schwedischen Eisen- und Metallarbeiter-Verbandes zu dieser Anschließfrage wurde auf dem Verbandstage in Stockholm vom 27. Dezember 1899 bis einschließlich 1. Januar 1900 grundsätzlich dahin festgelegt, daß der Verband als solcher sich keinerlei Bestimmung über die Stellung seiner Mitgliedsgastparteien zu den politischen Parteien angemaßen hätte.

Mitte Oktober hat nun unser Kollege Arvid Björklund Stockholm Mitglied des Gewerkschaftsrates unseres schwedischen Gewerkschaftsbundes, in dem dortigen Maschinenarbeiter-Verbande einen Vortrag gehalten, in dem er die Reorganisation der Gewerkschaften verlangt. Der Gewerkschaftsrat und dessen Folgen hatten gesagt, daß die ge-

werkschaftliche und politische Organisation nicht geeignet gefordert wären, in dieser wichtigen Angelegenheit der Arbeiter zusammenzutreten. Daher wäre die Frage jetzt auf die Tagesordnung gekommen. Nach der Diskussion, die eine äußerst rege war, wurde eine Resolution angenommen, in der eine Trennung der politischen und gewerkschaftlichen Organisation gewünscht wird, indem an den Orten, wo sozialdemokratische Anhänger vorhanden, sozialdemokratische Vereine ebenf. Clubs gegründet werden können. Eine Kommission wurde eingesezt, welche weitere diesbezügliche positive Vorschläge ausarbeiten soll, die, wenn sie für annehmbar befunden werden, den übrigen Stockholmer Mitgliedsgastparteien des Eisen- und Metallarbeiter-Verbandes zur Diskussion zugestellt werden sollen.

Die sozialdemokratische Parteipresse des Landes erblühte hierin einen Angriff auf die Organisationsform, die erst vor zwei Jahren geschaffen wurde, und nahm sofort eine entschiedene Stellung dagegen ein. „Sozialdemokraten“ meint die Zeit für diese Bestrebungen wäre schlecht gewählt. Es liege sich erst dann über die Frage reden, wenn das Volk das allgemeine Wahlrecht erhalten hätte. Bis dahin fehlten die Voraussetzungen einer getrennten gewerkschaftlichen und politischen Bewegung. „My Tid“ ist noch schärfer und will auch dann, wenn die Arbeiter das Wahlrecht haben, von keiner Trennung wissen. Dem gegenüber erklärt Kollege Björklund in einem Artikel in „Sozialdemokraten“ vom 7. November, daß für die Gewerkschaften die Frage sich um nichts weniger als darum drehe, ob man im Lande eine einheitliche, die Mehrzahl der Ausbilder eines Berufes umfassende gewerkschaftliche Organisation haben wolle, oder ob man sich in zwei oder mehrere Gewerkschaftsgruppen spalten solle, von denen jede ihr besonderes Streben haben sollte. Denn wir mögen klagen so viel wir wollen gegen die Zerstückelungsorganisationen, es wird dies ihren Zuwachs nicht hindern, so lange wir durch eine besondere Begrenzung so zu sagen das Dasein ihrer sie auseinanderweisenden Begrenzungen motivieren. Durch die Befreiung der politischen Abgrenzung nehmen wir dem Dasein der Zerstückelungsorganisationen seine rechtliche Grundlage; mag sein, daß sie deshalb noch nicht verschwinden — selbst Streikbrecher versuchen ja sogar „Organisationen“ zu bilden —, aber sie würden dann der Herz jenes Lumpenproletariates, wovon „My Tid“ spricht, und wir könnten sie demnach behandeln.“

Wir stimmen diesem Gedankengang voll und ganz zu und sind überzeugt, daß er sowohl vom gewerkschaftlichen wie vom sozialdemokratischen Standpunkt der allein richtige ist. Ein Urtheil darüber, ob die Zeit gut oder schlecht gewählt sei, wollen wir uns nicht anmaßen. Aber wir möchten darauf hinweisen, daß die schwedische Organisationsform sich auf die Dauer nirgends bewährt hat. In den Jugendtagen einer Bewegung mag sie gut, vielleicht nothwendig sein, aber so bald die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung jene Stufe erreicht hat, auf der die Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit eskalieren, dann wird die Neutralität zur Lebensfrage der Bewegung.

Die Lohnbewegung der Rotharbeiter in Gothenburg, von der wir kürzlich berichteten, ist mit einem schönen Erfolge beendet. Eine Lohnerhöhung von 2½ Oere pro Stunde trat sofort in Kraft, und zum nächsten Frühjahr sollen weitere 2½ Oere Lohnzuschlag pro Stunde kommen. Bei der herrschenden schlechten Konjunktur immerhin ein ganz erfreuliches Resultat.

Gerichts-Zeitung.

Angefangene Akkordarbeit bracht, wenn eine Abmüdigungsfrist nicht besteht, nicht beendet zu werden. In diesem Sinne hat kürzlich das Landgericht Leipzig entschieden. Der Tischler W. Nagte gegen die Firma Kengler, Möbelfabrik in Rodau, wegen einer Forderung von 117 M., weil er entlassen worden war und ihm die Fertigstellung einer übernommenen Akkordarbeit verweigert wurde. Nach § 2 der Arbeitsordnung kam das Arbeitsverhältnis von beiden Theilen zu jeder Zeit aufgelöst werden. Das Amtsgericht Laucha hatte am 3. Dezember 1901 den Kläger mit seiner Forderung abgewiesen. Auf eingelegte Berufung hatte sich nunmehr das Landgericht Leipzig mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen. Das letztere hatte auf Antrag des Klägers Guichen der Gewerbeamtener zu Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig und des Gewerbegerichts der Stadt Leipzig eingefordert. Die Gewerbeamtener antwortete dahin, daß es sowohl im Tischlerhandwerk wie auch größtentheils in der Holzindustrie Leipzigs Brauch sei und demnach als selbstverständlich angesehen werden müsse, daß Arbeiter, die, ohne daß eine zeitliche Aufkündigung des Arbeitsverhältnisses festgesetzt worden ist, angenommen und eingestellt worden sind, erst dann dieses Arbeitsverhältnis lösen können, wenn die ihnen nach Stückpreisen übertragenen Arbeiten fertiggestellt worden sind. Dasselbe Verfahren haben selbstverständlich auch die Arbeitgeber zu beachten. Nur wenn sich die Arbeiter großer Verdrieße schuldig gemacht haben, können sie ohne Fertigstellung der Akkordarbeit entlassen werden. Die Amtshauptmannschaft theilt mit, daß sie Arbeitsordnungen nur daraufhin zu prüfen habe, ob sie den gesetzlichen Anforderungen entsprechen. Das Leipziger Gewerbeamtener ist in Uebereinstimmung mit der Praxis des Berliner Gewerbegerichts der Meinung, daß das Arbeitsverhältnis jederzeit, auch vor Fertigstellung des Akkords, sowohl vom Arbeitgeber als Arbeitnehmer gelöst werden kann, auch wenn für das zur Bearbeitung übertragene Stück ein bestimmter Akkordpreis vereinbart worden ist, vorausgesetzt, daß in der Arbeitsordnung die Abmüdigungsfrist jederzeitiger Aufkündigung des Arbeitsverhältnisses vorgesehen ist. Ob die Herstellung des Akkordstückes einen längeren oder kürzeren Zeitraum in Anspruch nimmt, ist dabei belanglos. Einen Brauch, der dahin ginge, daß auch bei vereinbartem jederzeitiger Aufkündigung des Arbeitsverhältnisses bei Akkordarbeiten das Arbeitsverhältnis erst nach Vollendung des Akkords gelöst werden könne, kennt das

Gewerbeamtener nicht. Das Landgericht Leipzig ist dieser letzteren Auffassung beigetreten. Aus dem Umstand, daß eine Anzahl Arbeitsordnungen entsprechend einschränkende Bestimmungen enthalten, lasse sich das Vorhandensein eines Brauchs nicht entnehmen. Eine schärfere Ausübung seines Rechts, den Kläger sofort zu entlassen, liege auf Seiten des Beklagten nicht vor, zumal sie anlässlich der Theilnahme des Klägers an einer Agitation der Arbeiter gegen die Arbeitgeber erfolgte. Ob dieses Verhalten einen genügenden Grund zur Entlassung bilde, könne dahingestellt bleiben. Der Kläger kann für die Zeit nach seiner Entlassung keine Ansprüche mehr erheben.

Das Landgericht hat in diesem Falle zu Gunsten des Arbeitgebers entschieden. Das Urtheil kann aber auch den Arbeitern nützlich werden. Es wird danach in Zukunft ausgeschlossen sein, bei Streiks usw. von den Arbeitern die Fertigstellung der übernommenen Akkordarbeit zu verlangen, wenn eine Abmüdigungsfrist ausgeschlossen ist.

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (G. S. 29, Hamburg).
Bekanntmachung.

Friedrich Wöhner, Emailarbeiter aus St. Georgen, belgetreten in München am 8. September 1901, Nr. 140,026, wurde durch Vorstandsbeschlus in der 40. Sitzung aus der Kasse ausgeschlossen. Der Beschlus konnte ihm nicht zugestimmt werden, da er inzwischen, ohne sich abzumelden, abgereist ist. Unsere Bahnhallen bitten wir, falls es sich anmelden sollte, um Einziehung des Mitgliedsbuches und Nachricht an uns.

Das Gleiche gilt für Heizer Heinrich Ehring, geboren am 20. Oktober 1868 zu Peine, beigetreten in Osabrück am 7. Juli 1902, Nr. 147,572, was die Ortsverwaltungen ebenfalls beachten wollen.

Der Vorstand.

Briefkasten.

E. M. Die Vorstandsvorlage nebst Begründung kommt in nächster Nummer. Damit wird für die Diskussion erst eine sichere Unterlage gegeben.

E. P., Chemnitz. Eignet sich nicht zur Aufnahme, Sie müssen sich an die Verwaltungsinstanzen halten.

B., Düsseldorf. Ihre Besche sind unbrauchbar.

Mühlheim a. B. Wir haben den Bericht zu gelegentlicher Verwendung ad akta gelegt.

Strunna. Wir können den Bericht nicht bringen, da er zu allgemein gehalten ist.

Verbands-Anzeigen.

Mitglieder-Verseammlungen.

In jeder Verseammlung finden Aufnahmen statt und werden Beiträge entnommen.

Alföld a. J. Samstag, den 6. Dezember, Abends 8 Uhr, bei Herrmann.

Altötting. Samstag, den 13. Dezbr., Abends 8 Uhr, im Gasthaus zu den 12 Aposteln.

Althausenburg. Sonntag, den 14. Dezbr., Nachmittags halb 2 Uhr, im Stift, Stiftsgasse 10. Neuwahl der Ortsverwaltung.

Aschersleben. Sonnabend, den 6. Dezbr., Abends halb 9 Uhr, in Schröbers Lokal vor dem Wasserthor. Wahl der Ortsverwaltung.

Augsburg. Samstag, den 13. Dezbr., Abends 8 Uhr, im blauen Bod.

Baden-Baden. Samstag, den 6. Dezbr., Abends halb 9 Uhr, im Stratturstraße, Steinstraße, Generalverseammlung.

Bamberg. Samstag, den 13. Dezbr., Abends 8 Uhr, in der Restauration zur Marktsbrücke.

Bahngraben. Sonntag, den 14. Dezbr., Vormittags 10 Uhr, im Landgrafen, Ecke Bahnhof- und Seminarstraße.

Bayreuth. Samstag, den 13. Dezbr., Abends 8 Uhr, bei Görl, im Kreuz.

Berlin. Dienstag, den 9. Dezember, Abends halb 9 Uhr, für den Ofen bei Keller, Stappenstraße 29. — Sonntag, den 14. Dezember, Vormittags 10 Uhr, Kohrleger und Helfer im Gewerkschaftshaus, Engelfufer 15.

Berlin. Sonnabend, den 13. Dezember, Abends halb 9 Uhr, Konferenz der Vertrauensleute für den Norden bei Dieck, Alterstraße 123.

Bitterfeld. Samstag, den 13. Dez., Abends 7/9 Uhr.

Brandenburg a. H. Montag, den 8. Dezbr., Abends halb 9 Uhr, in Winkels Salon, Hauptstraße. Wahl der Ortsverwaltung.

Breuerhaven. Sonnabend, den 13. Dez., im Colosseum, Bürgermeister Smitstraße.

Bruchsal. Samstag, den 6. Dez., Abends halb 9 Uhr, im Saale zum Einhorn.

Bunzlau. Sonnabend, den 13. Dezbr., Abends 8 Uhr, im Gasthaus zu den drei Kronen.

Colmar i. G. Samstag, den 13. Dez., Abends halb 9 Uhr, in der Wirtschaft Waldenwed.

Frankfurt. Samstag, den 13. Dezbr., Abends 8 Uhr, im Lokal, Brodbänkegasse.

Hessau. Sonnabend, den 13. Dezbr., Abends halb 9 Uhr, im „Burgkeller“, Amalienstraße.

Helmold. Samstag, den 6. Dezbr., bei Gellrich, Hornstraße 11.

Höbeln. Sonnabend, den 13. Dez., Abends halb 9 Uhr, in der Muldenterasse. Wahl des Bevollmächtigten.

Hortmund. (Wg.) Samstag, 13. Dez., Abends halb 9 Uhr, bei Mühlhausen, I. Kampstr. 73.

Hoyheim. Samstag, den 13. Dezbr., bei Stahl, „Der schönen Aussicht“.

Itzho. Samstag, den 13. Dez., Abends halb 9 Uhr, im Gambrius, Friedrich-Wilhelmplatz.

Dülken. Sonntag, 7. Dezbr., bei Ant. Müller, Ederstraße.

Düsseldorf. (Former.) Sonntag, den 14. Dez., Vorm. halb 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Bergerstraße 8.

Eisenach. Freitag, den 12. Dezbr., Abends halb 9 Uhr, im Gasthaus zum frühlichen Mann.

Elberfeld. Samstag, den 13. Dez., Abends punkt halb 9 Uhr, im Volkshaus, Hochstraße 88.

Enden. Samstag, den 13. Dezbr., Abends halb 9 Uhr, im Hotel Bellevue, Bahnhofstraße.

Erfurt. (Allgem.) Sonnabend, den 13. Dezbr., Abends halb 9 Uhr, im Tivoli, Magdeburgerstraße 51.

Erfurt. (Klempner und Installateure.) Sonnabend, den 13. Dezember.

Eisen a. B. Samstag, den 13. Dez., Abends 8 Uhr, in den Vorrußsälen, Kottstraße 18.

Finstertal. Sonnabend, den 13. Dez., Abends 8 Uhr, im Gesellschaftshaus in Naundorf.

Frankfurt a. M. - Bockenheimer. Freitag, den 12. Dez., Abends halb 9 Uhr, bei Bierheilig, gr. Rittergasse 56 in Sachsenhausen. — Samstag, den 13. Dezbr., Abends halb 9 Uhr, im „Wdler“, Frankfurterstraße 68, in Bockenheim. — Für Spengler und Installateure am Samstag, den 13. Dez., im Gewerkschaftshaus, II. St., Kolleg Nr. 5.

Gaisburg. Samstag, den 13. Dezbr., Abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus zum „Stern“.

Gelsenkirchen. Samstag, den 13. Dezbr., Abends halb 9 Uhr, bei Gerhard Kamp am Hermannsplatz.

Göppingen. Sonntag, 7. Dez., Nachmittags 2 Uhr, im Lokal „Dreikönig“, Generalversammlung.

Greiz. Sonntag, den 14. Dezember, Nachmittags halb 1 Uhr, im „Scharfen Eck“.

Grimma i. S. Sonnabend, den 6. Dezbr., Abends halb 9 Uhr, bei Richter, Bahnhofstraße. Wahl des Bevollmächtigten. Wahl der Delegierten zum Gewerkschaftskartell.

Grünberg i. Schl. Sonnabend, den 13. Dez., Abends halb 9 Uhr, im Gasthof „Baumer Hirsch“.

Guben. Sonnabend, den 13. Dez., Abends halb 9 Uhr, im Volksgarten.

Gustavsdorf-Postheim. Samstag, den 6. Dezember, Abends halb 9 Uhr, im Weingarten in Postheim.

Halle a. S. (Klempner und Installateure.) Sonnabend, den 6. Dezbr., im Restaurant „Drei Könige“, II. Ulrichstr. 26.

Halle a. S. (Reifelschmiede.) Sonnabend, den 6. Dez., in der „Moritzburg“.

Hannover. (Allgem.) Sonnabend, 13. Dez., Abends halb 9 Uhr, im Ballhof, Burgstr.

Harburg. Sonnabend, den 13. Dezbr., Abends halb 9 Uhr, bei E. Hühnenhop, I. Bergstr. 7.

Hirschberg. Sonnabend, den 6. Dezember, Abends 8 Uhr, im Gasthof zur Eisenbahn (am Bahnhof Rosena). Neuwahl der Ortsverwaltung.

Höchst a. M. Samstag, den 13. Dez., Abends 9 Uhr, in der Sonne.

Jena. (Allg.) Sonnabend, den 13. Dezbr., Abends 8 Uhr, im Gasthof zur Krone.

Jülich. Samstag, den 13. Dezbr., Abends halb 9 Uhr.

Jungstadt. Samstag, den 13. Dezbr., Abends 8 Uhr, im Verkehrslokal Gasthaus zur Farbe, Paradeplatz. Neuwahl der Ortsverwaltung. Säumtkasse Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Kalk. Dienstag, den 9. Dezbr., Abends halb 9 Uhr, in der Deutschen Eiche bei Nikolaus Nied, Viktoriastr. 70.

Karlruhe. (Sektion der Blechner und Installateure.) Samstag, den 6. Dezember, Abends 8 Uhr, in der Fortuna, Ludwigplatz.

Kattowitz. Jeden Sonntag von 10—12 Uhr bei Restaurateur Droschmann, Mühlstraße 9.

Kiel. Dienstag, 9. Dezbr., Abends halb 9 Uhr, im Englischen Garten.

Köln a. Rh. (Former.) Sonntag, den 14. Dezbr., Vormittags 11 Uhr, bei Bierhardts in Deutz, Düsseldorfstraße 1.

Konstanz. Am 13. Dezember, Abends 8 Uhr, im Husenfein. Mitgliedsbücher mitzubringen.

Kottbus. Samstag, den 13. Dezbr., im Lokal des Herrn Ziel, Schloßstraße 12.

Krefeld. Samstag, den 13. Dezbr., Abends 9 Uhr, bei Sirtmer, Krefelder Bierhaus. Wahl der Ortsverwaltung.

Leunaburg. Sonntag, den 14. Dez., Nachmittags halb 5 Uhr, bei Carl Wiermann.

Leipzig. Sonntag, den 14. Dezbr., Vormittags 10 Uhr, bei Hermann Schulze, Neuförge. Neuwahl des Bevollmächtigten und Vortrag.

Magdeburg. (Heizungsmonteur.) Jeden Sonntag Vormittags 11 Uhr bei Alb. Vater, Knochenhauerufer 27/28.

Martinsdorf. Sonntag, den 7. Dezbr., Nachmittags halb 4 Uhr, bei Gastwirt Eröger (Post). Neuwahl der Ortsverwaltung.

Mech. Samstag Abend 9 Uhr im Restaurant Ullmann, Ruckstraße.

Münster. Sonnabend, den 13. Dez., Abends halb 9 Uhr, Rahlabend im Restaurant „Schweizergarten“.

Mühlhausen i. H. Sonntag, den 7. Dez., Vormittags halb 10 Uhr, bei Olliger, Bismarckstraße 47.

Nachargartach. Samstag, den 13. Dezember, Abends 8 Uhr, im Lokal Karl Richter, Generalversammlung.

Neu-Heuburg. Sonntag, den 7. Dezbr., Nachmittags 4 Uhr, bei Bertram. Abrechnung. Vorstandswahl. Wahl der Delegierten für das Gewerkschaftskartell.

Neu-Lippitz. Sonnabend, den 13. Dezbr., im Gesellschaftshaus bei A. Schröder, Gartenstr. 2.

Niedertal i. Sa. Sonnabend, den 13. Dez., Abends halb 9 Uhr, in der Apfelweinschänke in Sanghausersdorf.

Niesky a. S. Samstag, 6. Dezbr., Hänzels Brauerei, Jeschneider Straße 1.

Nordhausen. Sonnabend, 13. Dez., Abends 8 Uhr, bei B. Zapfenwein.

Nürnberg. (Heißengießindustrie.) Montag, den 15. Dez., Abends halb 8 Uhr, im goldenen Räder, Döhlmannsplatz. Neuwahl.

Nürnberg. (Schmiede und deren Berufsigen.) Sonntag, den 14. Dezbr., Nachmittags 2 Uhr, im Zammerthol. Vortrag. Neuwahl der Ortsverwaltung.

Osternburg a. M. Montag, den 8. Dezbr., Abends halb 9 Uhr, im Saalbau.

Ottobrunn. Sonntag, den 14. Dez., Nachmittags 2 Uhr, im Schützen, Generalversammlung.

Paderborn. Sonntag, 14. Dezbr., Vorm. 9 Uhr, bei Oberst, Hauptmannstraße 22.

Postheim. Samstag, den 13. Dezbr., Abends 8 Uhr, im Deutschen Haus.

Pirna a. d. E. Sonnabend, den 13. Dez., Abends halb 9 Uhr, im „Weißen Röß“.

Quedlinburg. Sonnabend, 13. Dezbr., Abends 8 Uhr.

Rastatt. Samstag, den 13. Dezbr., bei Kling, Friedrichsring 25/II, rechts.

Rathenow. (Stuhlarbeiter.) Am 13. Dezember bei Refeld, Jägerstraße 14.

Rensseld. (Allg.) Samstag, den 13. Dezember, Abends halb 9 Uhr, bei Petermann, Stachelhausen. Bericht über die Bedingungen der Verschmelzung mit der Sektion der Former.

Reutlingen. Samstag, den 13. Dezbr., Abends 8 Uhr, bei Ditzl, Rathausstraße. Rechenschaftsbericht. Neuwahl der Ortsverwaltung.

Schmalzkalden. Sonnabend, den 13. Dezbr., Abends halb 9 Uhr, in der „Rosena“.

Schnitzling-Post. Sonntag, den 14. Dezbr., Vormittags 10 Uhr, bei Arnold vorm. Igelhaut.

Schw.-Hall. Samstag, 2. Dezbr., Abends 8 Uhr, im „Münzhaus“.

Schw.-Sönd. Samstag, den 6. Dezbr., Abends 8 Uhr, im Rothen Ochsen. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Schwelm. Sonntag, 14. Dezbr., Nachmittags 2 Uhr, bei C. Ebminghaus. Vortrag von Kollegen Dastig aus Varmen. Neuwahl der Ortsverwaltung. Regelung der Vereinsstunden.

Schwerrin. Sonnabend, den 13. Dez., Abends halb 9 Uhr, gr. Moor 51.

Schwielow. Sonnabend, den 13. Dez., Abends 8 Uhr, bei Guff. Gondolatsch.

Schwaldbredt. Samstag, den 13. Dezbr., Abends halb 9 Uhr, bei Matthies, Hastedt.

Stettin. Sonntag, den 14. Dezember, Nachm. 3 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Bismarckstr. 10, Hauptversammlung.

Stettin u. Umg. (1. Bezi.) Sonnabend, den 13. Dez., Abends halb 9 Uhr, bei Voigt, große Ritterstraße 7.

Suttlingen. Samstag, 13. Dezbr., Abends halb 9 Uhr, im goldenen Adler, Jägerhoffstraße.

Tierfen. Sonntag, den 14. Dez., Vormittags 11 Uhr, bei Hubert Effer, II. Bruchstraße 25.

Wiesbaden. (Allg.) Samstag, den 13. Dezbr., Abends halb 9 Uhr, bei Koob, Hermannstr. 1.

Wittenberg. Sonnabend, den 13. Dezbr., Abends halb 9 Uhr, bei Adler, Jüdenstr. 29.

Worms. Sonntag, den 14. Dezbr., Vormittags 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Würzburg. Samstag, den 13. Dez., Abends punkt 8 Uhr, bei Büchlein, blaue Glode.

York. Samstag, 13. Dez., Abends 8 Uhr, bei Ferchland.

Erfurt-Flersgehofen. Sonnabend, den 13. Dezbr., Abends halb 9 Uhr im Tivoli großer Lichtbilder Vortrag, gehalten von Herrn Redakteur Holm: „Im Hafen von Hamburg“. Hierzu sind die Frauen der Mitglieder freundlichst eingeladen.

Hamburg. Buch Nr. 257,614 nebst Reiselegitimation auf Paul Rupta, Gelbgießer, lautend, wurde gestohlen.

Jungstadt. Sonntag, den 7. Dezember, Nachmittags 5 Uhr, in der Jägerbräuhalle Christbaumfeier.

Konstanz. Kaffier: Karl Manz, Konradstr. 20, I; daselbst Neuwahl Sonntag Mittags 12—1 Uhr und Abends von 7—8 Uhr.

Lübeck. (Allgemeine.) Am 25. Dezember Weihnachtsfeier. Alles Nähere durch die Vertrauensleute, welche auch Listen zum Einzeichnen bei sich führen.

Mühlheim a. Rhein. Die Mitglieder werden ersucht, die Verbandsbücher an den Verbandskassierer oder an den Bevollmächtigten F. März, Grünstraße 50, II, abzugeben.

Offenbach a. M. Unterstützungen werden fortan Bernhardstraße 73, H. I, Abds. von 7—8 Uhr, Sonntag Mittags von 1—2 Uhr ausbezahlt.

Saalfeld a. S. Kollegen, denen der 27 Jahre alte Schlosser Jakob Heinrich Ameling aus Labandrecht bekannt ist, werden gebeten, seine Adresse dem Bevollmächtigten Gustav Müller, Saalfeld, Köbiggasse 9, zu senden.

Wiesbaden. Die Kollegen werden ersucht, ihre Mitgliedsbücher abzugeben zwecks Kontrolle.

Öffentliche Versammlungen.

Bischofsheim a. M. Sonntag, den 7. Dezbr., Abends 8 Uhr im Saalbau Schilling. Tagesordnung: Die sinkenden Löhne und die wachsenden Bedürfnisse der Arbeiter. Referent: Kollege Hoyer-Frankfurt a. M.

Düsselheim a. M. Sonntag, den 7. Dezember, Nachmittags 4 Uhr im Saalbau zur Hofenstraße. Tagesordnung: Wie besser die Metallarbeiter ihre wirtschaftlichen Verhältnisse? Referent: Kollege Hoyer-Frankfurt a. M.

Saalfeld a. S. Sonnabend, den 13. Dezember, Abends halb 9 Uhr im Saal des Herrn Sommermann. Tagesordnung: Die Kampfmittel der Arbeiter im Zeichen der Krisis. Referent: Hermann Leber-Jena.

Zeulenroda. Sonntag, den 7. Dezember, Nachmittag 2 Uhr im Restaur. zur Buche. Referent: Kollege Leber-Jena.

Privat-Anzeigen.

Reelle Cigarren-Offerte!

Offizieren den Genossen folgende Spezialmarken:

- „Borkenländer“ (Doppel.) . . . 100 Stück RM. 3,—
- „Alma“ (Doppel.) . . . 100 Stück RM. 3,20
- „Fata Morgana“ (H. 5 Fig.-Fig.) 100 Stück RM. 3,60
- „Drahlmann“ (125 mm gr. Zap.-F.) 100 Stück RM. 3,60
- „Drecks Braß“ (häufig) . . . 100 Stück RM. 4,40

[117] Bei Abnahme von 500 Stück franco.

Köster & Hofmann, Sig.-Fabrik, Hainwalde i. S.

Das geometrische Zeichnen und die Projektionslehre

als Grundlage für das gesamte technische Zeichnen.

Für Metallarh.-Verbandsmitglieder statt 5 RM. geb. nur 4 RM.

Flächen-, Körper- und Gewichtsberechnen

im Maschinenbau.

Preis nur 1.50 RM., Nachnahme 1.70 RM.

Erste Anerkennungen. — Postkarte verlangen von [118]

G. Lippmann, Dresden-Trachau, Dorfplatz 12.

Der Metallarbeiter.

Hilfs- und Nachschlagbuch für Dreher u. Schlosser.

Enthält Anleitung zum Härten, Bohren, Fräsen und Drehen. Die Zeitberechnung zum Drehen größerer Gegenstände auf der Plandrehbank, Berechnung der Tourenzahl von Maschinen. Das konisch Drehen mittelst Keilstock und Support, Gewindeberechnung nach Whitworth und Millimeter-Steigung, sowie Gewinde-Tabellen für alle vorkommenden Gewinde, Konstruieren von Zahnräder, sowie Fräsen von Zahnrädern und anderes.

Viele Anerkennungen. Zu beziehen durch

Const. Haas,

Köln, Schaafenstraße 45.

1 Stück M 1,80 (auch in Briefmarken) oder per Nachnahme M 2,—, 2 St. 3,60, 3 St. 5,30, 5 St. 8,20 und 10 Stück 16,— bei freier Zusendung. Bei 10 Stück ein Freielegemplar.

Dasselbst zu beziehen: [44]

Der praktische Fabriksschlosser.

Enthält Mitteilungen über Erzeugung von Eisen, Stahl, Kupfer u., Behandlung des Stahls, sowie die Fehler in der Stahlbehandlung. Ausführlich über Härten des Stahls. Das Löthen. Das Nieten. Flächen- u. Körperberechnungen. Zahnrad-Berechnungen. Berechnungen der Tourenzahl von Maschinen u. s. w. u. s. w.

1 Stück M 1,50 (auch in Briefmarken) oder per Nachnahme M 1,70, 2 St. M 3,10, 3 St. 4,50, 5 St. 7,20, 10 St. 13 M (bei 10 St. ein Freielegemplar) bei freier Zusendung.

En gros. Preisliste franko! Versand.

Cigarren.

Konturrenzlos billig, reellste Fabrikate!

Für die Reellität der Fabrikate sprechen zahlreiche Anerkennungen. Unstreitig vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

„Fretia“, ff. Mexiko, etwa 1 1/2 cm. lang, 100 Stück 1,75 M. Diese Cigarre wird unsterilisiert mit 5 J. verkauft.

Willy	100 St.	2,40 M.
Flor Pina	100 „	3,— „
El Mundo	100 „	3,50 „
Bril an r Felix	100 „	3,25 „
St. Jean Brasil	100 „	4,60 „
Flor St. Felix	100 „	5,— „
ff. Mexico	100 „	5,— „
Flor de Morelia	100 „	6,50 „
Las dos Naciones	100 „	8,00 „

Nicht unter 100 Stück von einer Marke, 300 Stück portofrei unter Nachnahme. — Nichtkonfuziendes erbiten zurück. Bei Entnahme von 500 St. 3 Proz., bei 1000 St. 6 Proz. Rabatt, wenn sich Besteller auf diese Zeitung bezieht.

Weihnachtsstücken, nur gute Qualitäten, in Kistchen zu 100 Stück 25 Stück, hochlegant verpackt, M 4,25

per 25 Stück 85 J, 95 J, 1 M u. s. w., in Kistchen zu 50 Stück 1,25 , 1,50 M u. s. w.

Czollek & Geballe

Cigarren-Engros-Lager

Berlin W. [109]

Unter den Linden 20, Hof, I. Treppe.

Sonntag, den 14. und 21., bis Abends 8 Uhr geöffnet.

Telephonamt I. 502.

Für herrlicher Märchenpracht erzählt ein Weihnachtsbaum mit m. neu.

Glas-Christbaumschmuck

1 wirklich geschmackvolles Sortiment, sehr schön zusammengepackt, enthält 320 Stück Sachen in bestem Material, sehr verfeinert, glitzernd und glänzend ausgeführt, als: 25 Illustrierte, technisch überborene Figuren, ideal Glaschen, Trompeten mit Stimme, Engel mit Pfeil und Bogen, Glasfiguren, Fantasiesachen, Wunderperlen, Glasballen, Gläser, naturl. Edelstein, Luftballon, Erdbären, Dänen u. Nelonen mit Hüllpapier, Langhörn, Rothäppchen, Gießbad mit 0000 K. Schnee und Weihnachtsmann Figure, 1 reizend. Blauenmädchen u. z. zum Vorlesen blauen M. 5.60 franko. Ferner Preis M. 5.60 sage 1 Glas mit bewegl. Goldfäden und 1 Fruchtkorb garniert mit Früchten gratis bei.

E. E. Reinhard in Korbau a. S. Sonntag 1. Dez. Nr. 24. Ferner fürcht. Hefe. Diese Kisten wurden aufs Bedruckte in 10 von Zeitungen empfohlen, 100 v. Dankf. erhalten.

Zu Auftrag 30 Kop. d. Fr. Brinckman u. S. -Prüfungen (folgt Bestellung.) Zu Bestell. Auftrag 30 Kop. d. Fr. Großherzog u. S. (folgt Bestellung.) Ferner drück. Kisten für erhaltene Kisten meinen besten Dank aus. Goubernent Jonoff.

Druck und Verlag der Fränkischen Verlagsanstalt und Buchdruckerei (G. m. b. H.) in Nürnberg.